Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seyewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle. — Redaktion: Halle, Große Brauhausstraße 17, Fernsprecher Nr. 16646. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 29. | Halle, Dienstag, den 4. Februar 1919. | 3. Jahrgang.

Deutsche Lebensmittelschiffe unterwegs.

Königsberg. Zuverlässig wird berichtet: Mehrere Dampfer der Woermann-Linie von je 8000 Tonnen Raumgehalt, die bisher im hiesigen Hafen lagen, sind gestern ausgelaufen, um Lebensmittel für Deutschland abzuholen. Die Dampfer begeben sich zuerst nach England, wo sie weitere Weisung erhalten sollen.

*

Washington. Die Ausfuhrbeschränkungen für Gerste, Mais, Roggen, Hafer, Bohnen, Erbsen, Braugerste, Viehfutter, Baumwolle und Oel sind aufgehoben. In der Versorgung für Holland, Dänemark und Schweden wurde beschlossen, 400 000 To. Gerste über die bereits vereinbarten Nationen hinaus zur Verfügung zu stellen.

Der Völkerbund.

Genf. Die Konferenz der alliierten Vereinigung für den Völkerbund hat ein gemeinsames Projekt ausgearbeitet, das den einzelnen Regierungen überreicht worden ist. Der Entwurf verlangt die Bildung einer Gesellschaft freier Völker, 1. um alle Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern friedlich zu regeln, 2. um kriegerische Versuche irgend welcher Staaten zu verhindern, 3. um einen internationalen Gerichtshof einzusetzen, der die Ausführung der Beschlüsse der Gesellschaft durch Bestrafungen aller Art, wenn nötig durch militärische Maßnahmen im Nichtbeachtungsfalle garantiert, 4. um einen repräsentativen internationalen Rat einzusetzen, der das Völkerrecht weiter entwickeln und Angelegenheiten von allgemeinem Interesse erledigen soll. Die Funktionen dieses internationalen Rates werden in einem Zusatz näher bestimmt. Er soll über die Freiheit der Nationen und die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung wachen, er soll eine Art Vormundschaft über die noch nicht genügend zivilisierten Länder ausüben und einen ständigen Versöhnungsausschuß bilden, der die Rolle eines Untersuchungsrichters hat. Der Rat soll ferner Streitigkeiten schlichten oder sie dem Schiedsgericht oder dem internationalen Gerichtshof überweisen. Im Falle der Gehorsamsverweigerung schlägt der Ausschuß dem Repräsentativrate Maßnahmen vor, die im Fall einer Aggression oder Verletzung obligatorisch sind. Endlich soll die Gesellschaft der Nationen die Rüstungen überwachen und jenach den Bedürfnissen beschränken, sowie die Geheimverträge untersagen. In die Gesellschaft soll jede Nation aufgenommen werden, die die nötigen Garantien für die loyale Beachtung ihrer Vorschriften gibt.

Der Bolschewismus in England.

Hollandsch Nieuwsbureau meldet aus New York, daß Belfast nach den Meldungen amerikanischer Blätter vollständig in den Händen der Arbeiter sei. Die Arbeiterführer verwalten vom Handwerkerhause aus die Stadt. Hier befinden sich nicht mehr die früheren bürgerlichen Stadtbehörden. Die Arbeiter haben sich jeder Kontrolle völlig entzogen und stehen unter der Leitung von Fabrikräten. Der Vertreter des „Daily Chronicle" in Philadelphia hatte ein Interview mit Professor Dr. Struve. Dieser sagte, daß England für den Bolschewismus reifer sei als Deutschland. Infolgedessen verlangt die amerikanische Presse energische Schutzmaßnahmen gegen das eventuelle Uebergreifen des Bolschewismus auf Amerika.

In Glasgow ist es ebenfalls zu Streiks gekommen. Es fanden Kämpfe zwischen Streikenden und Polizisten statt. Die Stadt ist recht unruhig.

Die Vereinigung der Maschinisten des Londoner Distrikts beschloß auf einer gestern abend abgehaltenen Versammlung, die Arbeit am 6. Februar niederzulegen und nicht wieder aufzunehmen, bevor die vierzigstündige Arbeitswoche bewilligt ist.

London. Die englische Presse diskutiert die Streikepidemie, welche gegenwärtig in England grassiert. Alle konservativen Blätter behaupten, daß eine gewaltige Bewegung des Bolschewismus durch England gehe.

Vermeidung von Blutvergießen in Bremen?

In Bremen waren bisher die für den Arbeiter- und Soldatenrat gewählten Mehrheitssozialisten von den Tagungen ausgeschlossen. Unter dem Drucke der gegenwärtigen Verhältnisse wurden sie von Henke zu einer außerordentlichen Sitzung eingeladen. Henke wies darauf hin, daß neben dem allgemeinen Ernste der Lage besonders der Leitartikel des „Hamburger Echo" über: „Wollen wir vom Militarismus die Revolution abwürgen lassen?" den Unabhängigen die Veranlassung gegeben hätte, eine Verständigung mit der Mehrheit zu suchen. An der Hand dieses Artikels formulierte Henke in längeren Ausführungen die Basis, auf der eine Einigung der Arbeiterbewegung vor sich gehen müßte. — Die Genossen der Mehrheit erklärten, zu einer Zusammenarbeit bereit zu sein, um weiteres Unglück und Blutvergießen zu vermeiden. Wenn die Arbeiter die Waffen an das 9. Armeekorps abgeben, dann wollen sie alle gemeinsam fordern, daß Gerstenberg mit seiner Division verschwindet. In diesem Sinne wurde von den Mehrheitsgenossen ein Telegramm an Noske geschickt. Eine eingesetzte Kommission der Parteien unterbreitete dem Arbeiter- und Soldatenrate einen Antrag, daß die Waffen der Arbeiter dem 9. Armeekorps übergeben werden sollen und daß jede Partei drei Vertreter in eine Deputation zu senden hat, die die Abnahme der Waffen überwacht. Die Waffen sollen in Bremen bleiben. Mit 120 gegen 30 Stimmen machte der Arbeiter- und Soldatenrat diesen Antrag zu dem seinigen. — Bei den Verhandlungen mit der Division Gerstenberg ist auch eine Vertretung der Mehrheitssozialisten zugegen gewesen.

Das Hamburger Echo, unser Hamburger Parteiblatt, schreibt zu der Einigung:

Wie uns außerdem noch aus Bremen berichtet wird, machen die bürgerlichen Abendblätter bereits angestrengte Versuche, diese aufsehenerregende Einigungsaktion der Arbeiterschaft zu verdächtigen. Auch das müssen wir natürlich mit in den Kauf nehmen. Es wird die Arbeiterschaft aber erst recht anspornen, die gefaßten Bruderhände nicht mehr zu lösen, um sie feindlich gegeneinander zu ballen. Wir unserseits stellen mit innerer Genugtuung fest, das rechte Wort zur rechten Zeit hineingeworfen zu haben. Wir haben unsere proletarische Pflicht erfüllt, nicht mehr, nicht weniger, wir haben getan, was die Not der Stunde und unsere tiefe Ueberzeugung gebot — und wir haben nie anders gehandelt.

Ueber die weitere Entwickelung der Dinge in Bremen wird nach folgendes berichtet: In einer heute stattgefundenen Sitzung der Bremer Volksbeauftragten wurde beschlossen, nach Berlin einen Einigungsvorschlag zu richten. Die Arbeiterschaft ist bereit, die Waffen an das Oldenburger Kommando oder an das 9. Armeekorps abzuliefern, nicht aber an die Division Gerstenberg. Zur Frage der Einsetzung einer neuen Regierung erklären sich die Volksbeauftragten dazu bereit, ihre Macht in die Hände einer neuen Regierung zu legen, die aus den drei sozialistischen Parteien zusammengesetzt sein soll unter Ausschluß der bürgerlichen. Diese provisorische Regierung werde bis zur Vollziehung der Wahl zur Bremer Volksvertretung am Ruder bleiben.

Die Kommunisten haben Versammlungen abgehalten, die allerdings recht schwach besucht waren, und haben gegen die Entwaffnung des Proletariats protestiert. Sie wollen nach bewährtem Muster unbedingt Blut fließen sehen.

Vom Bremer Rat der Volksbeauftragten, dem Vollzugsrat, sowie den Vertretern der Hamburger und Bremerhavener Truppen wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

1. Rücktritt der jetzigen Bremer Regierung und Bildung einer neuen Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien nach dem Verhältnis der allgemeinen Abstimmung zur Wahl der A- und S.-Räte.

2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen ohne etwa an die einrückenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren.

3. Die Division Gerstenberg verpflichtet sich, in den jetzigen Stellungen zu bleiben und den Einmarsch der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu verhindern. Nach dem Einmarsch der Truppen rückt die Division Gerstenberg ab.

Es steht danach zu erwarten, daß eine Einigung zwischen Bremen und der Regierung erreicht wird. Vorausgesetzt, daß keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten und die Kommunisten nicht trotzalledem die Einigungaktion über den Haufen werfen.

Nach anderen aber noch nicht bestätigten Meldungen soll es bereits gestern zu Kämpfen gekommen sein.

Nach einem Bericht des Lokalanz. hat die Reichsregierung nach Verhandlungen mit den Abgesandten von Bremen folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Bremer Rat der Volksbeauftragten tritt sofort zurück. Es wird im Laufe des Montag eine neue Bremer Regierung gebildet auf Grund des Stimmenverhältnisses der Nationalratswahlen. Ablieferung der Waffen hat sofort nach Zusammentritt der neuen Regierung zu erfolgen. Dieselben sind an die Division Gerstenberg abzuliefern. Sind diese Bedingungen einwandfrei erfüllt, wird die Division Gerstenberg Bremen nicht besetzen.

Arbeit und Mehrheitsbildung in der Nationalversammlung.

Die beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben in der Nationalversammlung 188 Abgeordnete oder, in Prozenten ausgedrückt, 44,5 Proz. Ohne Zweifel wäre eine sozialdemokratische Mehrheit zustande gekommen, wenn die Sozialdemokratie als einige, geschlossene Partei in den Wahlkampf eingetreten wäre. Daß es leider nicht geschehen, ist nicht Schuld der Sozialdemokratischen Partei, sondern der Unabhängigen, die die Spaltung durch ihre Verleugnung der Demokratie herbeiführten, indem sie sich weigerten, Disziplin zu üben und sich den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen. Sie haben auch während des Wahlkampfes durch eine erbitterte und erbitternde feindselige Propaganda gegen die Mehrheitspartei und durch oft genug rüde Beschimpfung ihrer Vertreter den Gegnern der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühlen geliefert. Man muß freilich zugeben, daß sie gar nicht anders können, denn seit der frivol heraufbeschworenen Parteisprengung haben sie nur von dem Gegensatz zur Mehrheitspartei gelebt.

Darum bleibt es vorläufig auch noch eine offene Frage, ob die Unabhängigen in der Nationalversammlung sich von ihrer bisher im Reichstage geübten Selbstmordpolitik abwenden und wieder vernünftigen Erwägungen zugänglich sein werden. Davon wird die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens der Mehrheitspartei mit ihnen abhängen, die um so mehr erwünscht wäre, als damit die Zahl der für eine Mehrheitsbildung erforderlichen richtsozialistischen Abgeordneten sich verringern würde. Das kann von sehr wesentlicher Bedeutung sein. Die Sozialdemokraten werden als gute Demokraten das Recht der Mehrheit anerkennen müssen; sie werden sich aber mit dieser Mehrheit nicht einfach abzufinden haben, sondern selbst auf die Mehrheitsbildung den nachhaltigsten Einfluß ausüben müssen.

Gegen die Sozialdemokratie wird in der Nationalversammlung eine Mehrheit nicht gebildet werden können. Dazu ist sie, selbst wenn nur die 164 Abgeordneten der Mehrheitspartei dabei in Betracht kämen, wenn die Unabhängigen sich wieder abfordern und eine gegenteilige Politik treiben wollen, zu stark. Die Mehrheit muß also mit der Sozialdemokratischen Partei gebildet werden, und diese wird das feste Rückgrat der Mehrheit sein müssen. Nach der Revolution und ihren nicht mehr aufzuhebenden Wirkungen wird die Mehrheit sich nur auf dem Boden der Demokratie zusammenfinden können. Die Parteien der Rechten, die zusammen 145 Abgeordnete haben (88 das Zentrum, 34 die Deutschnationale Volkspartei und Antisemiten, und 23 der rechte Flügel der Nationalliberalen), könnten zwar mit den 77 Abgeordneten der Deutschen demokratischen Partei gerade eben eine Mehrheit von 222 Stimmen zusammenbringen. Aber die bürgerlichen Demokraten müßten ja von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie sich einer Mehrheit einfügten, in der dann Zentrum und Konservative mit dem schwerindustriellen Anhang der Nationalliberalen die entscheidende Stellung haben würden. Das haben die Fortschrittler schon im verfossenen Reichstag aus guten Gründen abgelehnt; wollte jetzt die Deutsche demokratische Partei ein solches Experiment machen, dann könnte sie nur gleich samt ihrem neuen Programm und all ihren Flugblättern sich auf einen großen Scheiterhaufen werfen.

Die bürgerlichen Demokraten werden sich, wohl oder übel, zur konsequenten Demokratie bekennen und den durch die Wahlen zum Ausdruck gebrachten Volkswillen respektieren müssen. Wir zweifeln auch nicht daran, daß sie dazu bereit sind. Schon deshalb, weil es nicht anders geht. Deshalb wird einer festen Verankerung der politischen Demokratie durch die neue Verfassung der deutschen Volksrepublik nichts im Wege stehen; sie kann und wird durch ein Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Demokraten erreicht werden können. Diese Mehrheit wird dabei ganz unabhängig von den Parteien der Rechten sein, weil diese nicht mehr, wie noch im letzten Reichstag das Zentrum, zur Mehrheitsbildung gebraucht werden. Wollen die Unabhängigen auf die Gestaltung der Zukunft des deutschen Volkes einen mitentscheidenden Einfluß ausüben, so werden sie sich der Mehrheit einordnen, dann aber auch ihre bisherige Krakeeltaktik gegen die Mehrheit aufgeben müssen. Sonst wäre es schon besser, sie blieben draußen, um der politischen Welt weiter das zweifelhafte Vergnügen zu bieten, sie immer mit der Rechten an einem Strange ziehen zu sehen.

Der politische Aufbau des neuen Deutschlands auf streng demokratischer Grundlage kann also nach dem Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung als gesichert angesehen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190204-15/fragment/page=0001

werden. Schwieriger gestaltet sich sich die Sachlage auf wirtschaftspolitischem Gebiet. In den hier aktuell gewordenen Fragen der Sozialisierung der Produktion sind die bürgerlichen Demokraten ja hauptsächlich die Antipoden der Sozialdemokratie. Sie sind meist ausgesprochene Anhänger der „freien Wirtschaft", das heißt der Erhaltung des kapitalistischen Profitinteresses als Regulators der Produktion und des Warenvertriebes, während die Sozialdemokratie den Organisationsgedanken auch für das Wirtschaftsleben vertritt und die kapitalistische Ausbeutung daraus verbannen will, damit den großen arbeitenden Massen ein höheres Kulturdasein ermöglicht werde.

Hier werden sich die Geister scheiden. Vielleicht würde das in schroffer Form geschehen, wenn es dabei sich darum handeln würde, eine einzige große Entscheidung zu fällen, durch einen grundsätzlichen Beschluß die Frage zu erledigen. Darum kann es sich aber nicht handeln. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und damit die Ueberführung der Produktion vom Boden des Kapitalismus auf den des Sozialismus wird nicht durch einen einzelnen Beschluß herbeigeführt werden können; sie wird nur das Endresultat eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses sein, an deren Beginn die Verstaatlichung einer Reihe von Industrien stehen wird, die schon kapitalistisch zum zum Monopol ausgereift sind, gegen deren Uebernahme in den Besitz der Gesamtheit auch von nicht unmittelbar interessierter bürgerlicher Seite kaum etwas eingewendet werden kann. Dann aber dürfen wir uns auch einigermaßen darauf verlassen, daß die Entwicklung der Dinge auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet ihre eigenen Konsequenzen haben wird. Ist auf ausschlaggebenden Gebieten, wie Bergbau, Rohseisenindustrie, chemische Industrie, Elektrizitätsindustrie usw., die Sozialisierung begonnen, so wird sie auf anderen Gebieten nachfolgen müssen. Bis es soweit ist, wird aber das demokratischste aller Wahlrechte im Verein mit emsiger sozialdemokratischer Aufklärungsarbeit, die durch den neuen politischen und wirtschaftlichen Anschauungsunterricht der Praxis unterstützt werden wird, den Einfluß der Sozialdemokratie im neuen Reich noch wesentlich gestärkt haben. Von Wahl zu Wahl wird das neue völlig unbeschränkte Wahlrecht unsere Anhängerschar vermehren und uns wohl sehr bald die Mehrheit bringen, zumal wenn der greuliche Parteizwist endlich aus der Welt geschafft wird und die Unabhängigen wieder lernen, sich als Demokraten zu fühlen, die Disziplin halten gewillt sind und sich dem Mehrheitswillen unterordnen. Ohne das geht es num einmal nicht.

Ist Preußen ein Nationalstaat?

Der Kampf um die Zukunft Preußens tobt mit ungemilderter Schärfe. Da erscheint es angezeigt, einmal die Natur des preußischen Staates genauer zu betrachten. Ist Preußen ein Nationalstaat oder ein historisches Zufallsgebilde? Von der Beantwortung dieser Frage muß letzten Endes unsere Stellungnahme abhängen, denn die Geschichte lehrt, daß nur Nationalstaaten auf natürlicher Grundlage, nicht historische Zufallsbildungen lebensfähig und existenzberechtigt sind.

Man könnte Preußen für einen Nationalstaat erklären, weil seine Bewohner überwiegend (von den polnischen Gebietsteilen abgesehen) Deutsche sind. Aber der Nationalstaat der Deutschen ist das Deutsche Reich, das mehr als anderthalbmal soviel und nach dem Hinzutritt Deutsch-Oesterreichs fast doppelt soviel Deutsche umfaßt als Preußen. Ein kleinerer Nationalstaat innerhalb des größeren ist aber überflüssig und sinnlos.

Es bliebe die Frage engerer Stammesverwandtschaft, wie sie etwa die Badenser, Württemberger oder Sachsen innerhalb Deutschlands zusammenhält. Eine solche ist innerhalb Preußens nicht gegeben. Der Ostpreuße steht dem Rheinländer viel ferner als dieser etwa dem Rheinpfälzer oder Badenser. Holsteiner und Hesse liegen mindestens soweit auseinander wie Mecklenburger und Sachse. Es gibt keinen einzigen nationalpreußischen Charakterzug der allen in Preußen wohnenden Stämmen gemeinsam und eigentümlich wäre.

Preußen ist in Wirklichkeit kein Nationalstaat, sondern die durch Eroberung und Erbschaft zusammengebrachte Hausmacht der Hohenzollerndynastie. In seiner Entstehung ähnelt es durchaus dem alten Oesterreich, nur daß die Hohenzollern national einheitlichere Gebiete als Hausmacht zusammenbrachten wie die Habsburger. Aber man darf nicht vergessen, daß z. B. auch das Preußen von 1806 ein zur Hälfte polnischer Staat war, und noch bis jetzt große polnische Gebietsteile in sich beherbergt hat.

Schon ein Blick auf die äußere Gestaltung Preußens zeigt die willkürliche und unorganische Entstehung des Staates. Von 1815 bis 1866 bestand Preußen aus zwei völlig getrennten Gebietshälften. Durch die Eroberungen von 1866 wurden diese zwar verbunden, aber der neue Staat weist bis heute eine ganz konnexbate und willkürliche Grenze auf. Kein natürlicher Grund kann geltend gemacht werden, warum gerade die durch die preußische Grenzlinie zusammengehaltenen Gebietsteile Deutschlands ein einheitliches Staatsgebilde bilden müssen.

Der einzige Sinn dieses willkürlich zusammengebrachten Staatenbaues war nur der, die Grundlage der hohenzollerschen Militärmacht zu bilden. Mit deren Aufhörung hat der Staat Preußen seinen Sinn und Daseinsweck verloren. Er steht der inneren Gestaltung Deutschlands auf natürlicher Grundlage im Wege, und deswegen muß es eine preußische Frage geben, solange der alte preußische Staat in seiner bisherigen Form fortbesteht.

Tagesgeschichte.

Um den neuen Rätekongreß.

Die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins sowie der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte der Groß-Berliner Gemeinden hat in ihrer Freitagssitzung mit 492 gegen 362 Stimmen (die Stimmenzahlen sind interessant insofern, daß 850 Stimmen abgegeben wurden und 2000 Vertreter anwesend waren) sich für den Antrag Däumig entschieden, der den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands aufforderte, so schnell wie möglich, mindestens aber im Laufe des Februar einen allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands einzuberufen. Dieser Kongreß soll zur Nationalversammlung und zum Verfassungsgesetz Stellung nehmen und außerdem über das weitere Wirken und die staatsrechtliche Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte entscheiden.

Dazu wird von zuständiger Seite erklärt: Es dürfte abzuwarten sein, ob der Zentralrat, der den Mehrheitswillen der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Deutschland repräsentiert, sich ohne weiteres dazu verstehen wird, dem zufälligen Ergebnis einer örtlichen Berliner Versammlung Folge zu leisten, zumal nicht ohne weiteres festzustellen sein wird, wie sich die Arbeiter- und Soldatenräte des übrigen Deutschlands zu dem Berliner Beschluß stellen wollen. Das Berliner Abstimmungsergebnis hat schon darum keine Bedeutung, weil die kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte paritätisch, nicht aber nach dem wirklichen durch die Nationalwahl erwiesenen Verhältnis der Mehrheitssozialisten zu den Unabhängigen zusammengesetzt sind.

Die „Gehröcke" und die „Einigung".

Der unabhängige Zeiger Volksbote befaßt sich auch mit der Einigungsfrage. Nach dem er in echt „unabhängiger" Weise zu der Frage Stellung genommen hat, schreibt er:

Die Herren Abhängigen mögen nur erst mal auf den kommenden Kongressen der Internationale erscheinen! Dann werden sie schon erfahren was das Weltproletariat von den Herren Ebert, Scheidemann und Konsorten hält, die sich den Gehrock anzogen, weil ihnen der Arbeiterrock nicht „standesgemäß" mehr erschien.

Eine Einigung mit diesen Gehröcken aber, mit welchen sich die abhängigen sogenannten Arbeiterführer drapieren, lehnen die klassenbewußten Proletarier ab.

Also der Rock machts jetzt. Ja, ihr Herren, wie stehts denn mit dem „Arbeiterrock" der Herrn Haase, Herrn Dr. Breitscheidt und anderer — oder tragen die Führer der unabhängigen eine andere Art „Gehröcke". Der Ton der Verbetzung, mit dem auf die Arbeiter eingewirkt wird, kennt wahrscheinlich keine Grenze mehr und jetzt sind die Unabhängigen glücklich so weit, daß sie mit demselben Mitteln gegen die Arbeiterführer arbeiten mit denen einst der Reichsverband gearbeitet hat. Das spricht für sich selbst und es wird die Zeit kommen, daß sich die Arbeiter mit demselben Ekel von den Unabhängigen abwenden, mit dem sie sich von dem Reichsverband und seinen Reptilien abgewandt haben.

Und was soll der prächtige Satz, daß die Abhängigen erst mal auf den internationalen Kongressen erscheinen mögen. Weiß denn der Zeiger Volksbote nicht, daß unsere Vertreter schon in Bern sind und daß augenblicklich das Weltproletariat dabei ist, mit den „Gehröcken" zu verhandeln.

Ein Unabhängiger über die Politik der Unabhängigen.

In der Zeitschrift Der Sozialist führt der frühere Redakteur der Freiheit, Dr. S. Nestriepke, folgendes aus:

Die unabhängige Partei trifft sicherlich die Verantwortung, die Zeit zwischen dem 9. November und dem Wahltag schlecht genutzt zu haben. Der Mangel an Entschlußkraft, Klipp und Klar mit der Spartakusgruppe zu brechen, die Unsicherheit ihrer politischen Stellungnahme in wichtigen Fragen, die törichte Politik ihrer Fraktion auf dem Rätekongreß, die zum Ausscheiden aus der Regierung führen mußte, dazu ein starkes Versagen in der Wahlagitation, das seine Wurzel hatte in den zerspreng ten Zuständen innerhalb der Partei, — die wenigsten haben sich bei all dem wohl großen Hoffnungen auf das Wahlergebnis hingegeben . . . Hätte sich bald nach dem 9. November eine proletarische Einheitsfront gebildet, wären die Auseinandersetzungen zwischen den Richtungen, die furchtbaren Konflikte nicht gewesen, man darf wohl sagen, daß die Wahlen zur Nationalversammlung bereits mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie geendet hätten.

So urteilen einsichtige und ehrliche Unabhängige über die schwankende Politik ihrer Partei. Das Volksblatt dagegen tut sich alltäglich viel zugute auf den „konsequenten" Sozialismus und die zielklare Politik der Unabhängigen — glaubt aber vielleicht selber nicht daran, denn die Tatsachen reden eine andere Sprache und geben in allem Herrn Nestriepke recht.

Das soziale Weltprogramm.

Der deutsche Entwurf für den sozialen Weltvertrag, der bereits veröffentlicht worden ist, darf grundsätzlich auf eine gute Aufnahme auch bei den Feinden rechnen. Bereits im vorigen Dezember hat das französische Abgeordnetenhaus seinen Ausschuß für Arbeiterfragen beauftragt, ihm so schnell als möglich einen Bericht über die internationale Arbeitergesetzgebung vorzulegen, deren Grundsätze in den Friedensvertrag aufgenommen werden können. In der Presse wurde darauf hingewiesen, daß die Ausführung dieses Auftrages wegen seiner großen Tragweite für die Arbeiter des ganzen Erdball längere Zeit beanspruchen würde. Aber noch im vorigen Monat hat L'Homme Libre (in seiner Nr. v. 5. Jan. 1919) der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es gelingen möge, in den Friedensverträgen auch einen sozialen Fortschritt für die ganze Menschheit zu schaffen. Dabei wißt das Blatt darauf hin, daß schon vor gerade 100 Jahren Robert Owen den Souveränen Europas auf dem Aachener Kongreß gleichfalls eine internationale sozialpolitische Regelung, nämlich die einheitliche Beschränkung der Arbeitszeit, vorgeschlagen habe und daß vor einem halben Jahrhundert der französische Nationalökonom Wolowski Aehnliches angeregt hat mit den Worten, die heute noch beachtenswert sind: „Es sind schon soviele Verträge geschlossen worden, um Menschen zu töten, und man würde mit Dankbarkeit solche begrüßen, die der Zweck verfolgen, die Menschen leben zu lassen."

Von der Entente vergewaltigte deutsche Sozialisten.

Der in einem Fort der Festung Straßburg gefangen gehaltene sozialdemokratische Abgeordnete Böhle ist auf die wiederholten Proteste der deutschen Waffenstillstandskommission hin jetzt von den Franzosen freigelassen worden. Die der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehörenden Redakteure Merkel, Kretzer und Bellert sind von der Entente als Spartakisten verhaftet worden. Nach Angabe der Parteileitung gehören die drei verhafteten Sozialdemokraten nicht dem Kommunistenbunde an. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa erhob sofort Protest und ersuchte die Entente um Freilassung der Verhafteten.

Ferner ließ die deutsche Regierung an den Vorsitzenden der interalliierten Waffenstillstandskommission eine Mitteilung des Vorstandes der U. S. P. weitergeben, nach welcher im besetzten Gebiet die Zeitungen der U. S. P., die Freiheit und die Leipziger Volkszeitung, verboten sind. Die deutsche Regierung ersuchte um baldmöglichste Aufklärung dieses Falles.

Amerikanisches Einwandererverbot.

Die Einwanderungskommission des Repräsentantenhauses hat den Gesetzentwurf, der die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten für die ersten vier Jahre nach Friedensschluß verbietet, befürwortet. Die Ententeländer scheinen sich vollkommen gegen den Zugang vom Auslande, namentlich von Deutschland abschließen zu wollen. Empfindlich ist mit einem Einwanderungsverbot für Deutsche vorangegangen. Wenn der amerikanische Entwurf auch ganz allgemein die Einwanderung verbietet, so ist doch anzunehmen, daß sich das Verbot in der Hauptsache gegen Mitteleuropa und besonders gegen Deutschland richtet, wo infolge der enormen wirtschaftlichen Erschütterung Millionen von Menschen keine Existenz mehr finden können und wo die Auswanderung eine Frage um Sein oder Nichtsein für Unzählige ist. Das deutsche Volk wird dadurch unzweifelhaft am härtesten getroffen.

Schwierigkeiten auf der Friedenskonferenz der Alliierten.

Das Neue Wiener Journal meldet aus Paris: In Anbetracht der Wichtigkeit der gegenwärtig von der Friedenskonfe-

Die Geschichte zweier Städte.

(5) Roman von Charles Dickens.

Welches von den vielen Gesichtern, die sich ihm zeigten, das wahre Gesicht des Betrachten sei, verrieten die Schatten der Nacht nicht; aber sie alle waren Gesichter eines Mannes von fünfundvierzig Jahren und unterschieden sich hauptsächlich in den Leidenschaften, die sie ausdrückten, und in dem Grauenhaften ihres abgelebten und elenden Aussehens. Stolz, Verachtung, Herausforderung, Trotz, Unterwürfigkeit, Jammer folgten aufeinander; ebenso viele Abtönungen von eingefallenen Wangen, leichenhafter Farbe, abgezehrten Händen und Gesichtern. Aber im ganzen war das Gesicht ein Gesicht, und jedes Haupt war vor der Zeit grau geworden. Wohl hundertmal fragte der Passagier aus seinem Halbschlummer heraus dieses Gespenst: „Wie lange begraben?"

Die Antwort war immer dieselbe. „Fast achtzehn Jahre."

„Sie hatten alle Hoffnung aufgegeben, ausgegraben zu werden?"

„Lange, lange schon."

„Sie wissen, daß Sie wieder auferstanden sind?"

„So höre ich sagen."

„Ich hoffe Sie treten gern wieder ins Leben ein?"

„Das weiß ich nicht."

„Soll ich sie Ihnen zeigen?"

„Wollen Sie sie sehen?"

Die Antworten auf diese Fragen lauteten verschieden und widersprechend. Manchmal lautete die Antwort mit gebrochener Stimme: „Warten Sie! Es könnte mein Tod sein, wenn ich sie zu früh sähe." Manchmal kam sie mit einem Strom von rührenden Tränen und lautete dann: „Bringen Sie mich zu ihr." Manchmal war sie von weitgeöffneten Augen und verwirrten Blicken begleitet, und die Antwort lautete dann: „Ich kenne sie nicht. Ich weiß nicht, was Ihr von mir wollt."

Nach dieser Unterhaltung im Traum fing der Passagier in seinem Weiterträumen an zu graben und zu graben und zu graben — beid mit einem Spaten oder mit einem großen Schlüssel, oder mit den Händen — um den Unglücklichen auszugraben. Wie er endlich wieder, mit Erde um Gesicht und Haar, herausgeholt war, zerfiel er urplötzlich in Staub. Dann fuhr der Passagier aus einem Halbschlummer auf und ließ das Fenster herab, um die Wirklichkeit des Nebels und Regens auf seiner Backe zu fühlen.

Aber selbst wenn seine wachen Augen den Nebel und Regen, den sich vermöge bewegenden Streifen Licht von der Laterne und die in Stößen zurückweichenden Hecken an der Straße sahen, mischten sich die Schatten der Nacht außerhalb der Kutsche in den Zug der Schatten der Nacht innerhalb des Wagens. Das wirkliche Banthaus am Tempelhof, das wirkliche Gesicht des gestrigen Tages, die wirklichen Kassenräume, der wirkliche Bote, der ihm nachgeschickt worden und die wirkliche Botschaft, die er zurückgeschickt hatte, waren alle vorhanden. Aber mitten unter ihnen tauchte das gespenstische Gesicht empor, und er mußte es wieder anreden.

„Wie lange begraben?"

„Fast achtzehn Jahre."

„Ich hoffe. Sie treten gern wieder ins Leben ein?"

„Das weiß ich nicht."

Graben, graben, graben, bis ihn eine ungeduldige Bewegung von einem der Passagiere ermahnte, das Fenster in die Höhe zu ziehen, den Arm wieder fest und sicher in die lederne Schleife zu legen und über die beiden schlummernden Gestalten zu spekulieren, bis seine Gedanken wieder von ihnen abkamen und sich wieder unmerklich der Tank und dem Grabe zuwendeten.

„Wie lange begraben?"

„Fast achtzehn Jahre."

„Sie hatten alle Hoffnung aufgegeben, ausgegraben zu werden?"

„Lange, lange schon."

Die Worte klangen ihm immer noch im Ohre, als ob sie eben erst gesprochen worden — so deutlich als er jemals gesprochene Worte hatte nachklingen hören — als der müde Passagier zum Bewußtsein des Tageslichtes aufwachte und sah, daß die Schatten der Nacht verschwunden waren.

Er ließ das Fenster herab und schaute hinaus auf die aufgehende Sonne. Vor ihm lag ein Abhang Ackerland mit einem Pflug daraus, noch auf derselben Stelle, wo die Pferde gestern abend ausgespannt worden waren; darüber ein stilles Unterholz, in dem noch viele Blätter von brennendem Rot und goldenem Gelb auf den Büschen hingen. Obgleich der Erdboden kalt und feucht war, war doch der Himmel heiter, und die Sonne ging hell, mutig und schön auf.

„Achtzehn Jahre!" sagte der Passagier, die Augen der Sonne zugewendet. „Barmherziger Schöpfer des Lebens! Achtzehn Jahre lang lebendig begraben!"

Viertes Kapitel.

Die Vorbereitung.

Als die Postkutsche im Laufe des Vormittags allmählich nach Dover gelangt war, machte der Oberkellner des Hotels zum „König Georg" den Kutschenschlag auf, wie es seine Gewohnheit war. Er tat es mit einer gewissen Feierlichkeit, denn eine Reise in der Postkutsche von London im Winter war eine Heldentat, wegen der man einem kühnen Reisenden gratulieren durfte.

Es war jetzt aber nur noch ein kühner Reisender zum Gratulieren übrig; denn die beiden andern waren an verschiedenen Orten unterwegs ausgestiegen. Das fellerartige Innere der Kutsche mit dem feuchten und schmutzigen Stroh, dem unangenehmen Geruch und der Finsternis sah eher wie ein großer Hundestall aus. Mr. Lorry, der Passagier, sah eher wie ein großer Hund aus, als er, mit einzelnen Strohhalmen behangen, das zottige Wickeltuch nachschleppte und mit schlappem Hut und schmutzigen Stiefeln herausstieg.

„Geht morgen ein Paketschiff nach Calais ab, Kellner?"

„Ja, Sir, wenn sich das Wetter hält und der Wind leidlich günstig wird. Jetzt wird ziemlich scharf gegen zwei Uhr nachmittags eintreten, Sir. Ein Bett, Sir?"

„Ich gehe nicht vor nachts schlafen; aber ich will ein Schlafzimmer und einen Barbier."

„Und ein Frühstück, Sir? Ja, Sir. Hier herauf, Sir, wenn's beliebt. Nummer zwei! Den Manisfest des Herrn und warmes Wasser nach Nummer zwei. Zieht dem Herrn in Nummer zwei die Stiefel aus. (Es brennt dort schon ein gutes Steinkohlenfeuer, Sir.) Ein Barbier für Nummer zwei. Rührt Euch, für Nummer zwei!"

Da Nummer zwei immer für Postpassagiere bestimmt war und Postpassagiere immer vom Kopf bis zum Fuß dick eingewickelt waren, so hatte für die Inwohner des „Königs Georg" dieses Zimmer das merkwürdig Interessante, daß, obgleich man nur eine Art Menschen hineingehen sah, alle verschiedenen Arten von Menschen wieder herauskraten. Daher hielten sich auch ein anderer Kellner und zwei Portiers und verschiedene Stubenmädchen und die Wirtin aus Zufall an verschiedenen Punkten des Weges zwischen Nummer zwei und dem Frühstückszimmer auf, als ein Herr von etwa sechzig Jahren in einem ziemlich getragenen, aber sehr gut gebürsteten braunen Anzug mit großen Aufschlägen an den Armen und großen Taschen über den Taschen zum Frühstück wieder aus Nummer zwei herauskam. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190204-15/fragment/page=0002

renz behandelten Probleme soll sich Lloyd George entschlossen haben, Paris nicht zu verlassen. Auch Wilson bleibt nach den neutralen Meldungen infolge der im Entstehen begriffenen Schwierigkeiten auf der Konferenz und der Wichtigkeit der zu behandelnden Fragen vorläufig in Europa.

Die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen.

Das Oberkommando der Alliierten hat in Spa der deutschen Waffenstillstandskommission eine Note überreicht, in der im Zusammenhange mit der Lebensmittelversorgung Deutschlands verschiedene Angaben finanzieller Art und eine Aufstellung der Vorräte aller Art verlangt wird, die für die Ausfuhr aus Deutschland in Frage kommen. Hieraus ist ersichtlich, daß wir von unseren bisherigen Feinden weder Rohstoffe noch Lebensmittel geliefert bekommen, wenn wir nicht entsprechende Gegenleistungen bieten können, und Gegenleistungen können wir in unserer gegenwärtigen Situation nur durch Arbeit schaffen. Darum ist, wenn wir unsere Allgemeinlage verbessern wollen, nichts so wichtig wie Arbeit.

Die „Deutsche Tageszeitung" als nationaler Schädling.

Die politische Dreistigkeit des Reventlow-Organs, die Deutschland im Kriege unermeßlich geschädigt hat, hat durch die Revolution keine Dämpfung erfahren. WTB. verbreitet folgende Meldung:

Berlin, 30. Jan. Morningpost schreibt zu den Geburtstagswünschen der Deutschen Tageszeitung für den Deutschen Kaiser: Wir haben wiederholt eingewandt, daß kein Zeichen irgendeiner Aenderung in Deutschland, außer dem Rahmen und der Form, zu sehen ist, und daß der deutsche Geist sich noch immer nach alledem sehnt, was der Kaiser repräsentiert. Jetzt wissen wir es sicher: die Staatsmänner, die sich anschicken, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, werden gut tun, die Erklärung „wir halten fest zu den Hohenzollern" in Betracht zu ziehen. Wenn Wilson noch eines Beweises bedarf, dann hat er ihn hier. Man lasse den Kaiser zu seinen eigenen Leuten zurückkehren, damit dort das Urteil über ihn gefällt wird. Nach der Art, wie diese Aufgabe durchgeführt wird, wird die Welt ein Urteil über das wahre Deutschland, mit dem in der Zukunft zu rechnen ist, fällen können. Wir werden dann wissen, ob die Tageszeitung nur im Namen der Nationalliberalen (!) oder im Namen eines größeren Publikums spricht, das zurzeit vorgibt, seine unerschütterliche Treue dem Kaiser und Reich zu verbürgen."

Hierzu wird von zuständiger Stelle erklärt: Morningpost sollte wirklich wissen, daß die Deutsche Tageszeitung noch niemals das Recht gehabt hat, irgendwelche Erklärungen oder Kundgebungen im Namen des deutschen Volkes zu veröffentlichen. Die Deutsche Tageszeitung ist das Organ der berufsmäßigen Kriegshetzer und Alldeutschen. Das deutsche Volk, das von jeher und ganz besonders auch während des Krieges diesen unbelehrbaren Chauvinisten seinen Widerwillen fühlbar machte, hat es nicht nötig, sich dagegen zu verwahren, da es den Privatvergnügungen der Herren Reventlow und Stresemann kalt abweisend gegenübersteht. Da aber die Morningpost gewiß Verständnis für politische Freiheit und Preßfreiheit im besonderen haben wird, dürfte sie zugestehen, daß es kaum ein Mittel gibt, die Deutsche Tageszeitung zu hindern, mit der Times und anderen Eingeblättern im politischen Unverständnis zu konkurrieren.

Spartakus verschlingt auch die Unabhängigen in Gotha.

Die Magdeburgische Zeitung läßt sich aus Gotha melden: Der von den unabhängigen Sozialdemokraten in die Nationalversammlung gewählte frühere Reichstagsabgeordnete Bock, welcher seit der Revolution an der Spitze der Landesregierung stand, ist aus dem Rate der Volksbeauftragten ausgeschieden. Der Grund dürfte darin zu finden sein, daß er auf der vor einigen Tagen stattgehabten Landeskonferenz der U. S. P. mit dem größten Teile der Delegierten über die zu befolgende Taktik in Gegensatz geriet. Bock, welcher seit nunmehr 50 Jahren der sozialdemokratischen Bewegung angehört, erklärte, daß er die Taktik von Liebknecht und Rosa Luxemburg nicht gebilligt habe, er protestiere auch dagegen, daß der russische Terror bei uns organisiert werde. Weiter sagte Bock nach dem unabhängigen Gothaer Volksblatt: Selbst Genosse Düwell, ein Spartakist, schreibt in bezug auf die Sozialisierung: „Um zu sozialisieren, müssen die Arbeiter erst alle geistigen Kräfte kennen lernen." Bock mißbilligte auch die bei einem Demonstrationszuge vorgekommenen Angriffe auf bürgerliche Blätter. Dem Vernehmen nach sollen auch die beiden anderen Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten nur noch geringe Neigung verspüren, ihr Amt weiter auszuüben. Namen von Kandidaten, welche genannt werden, lassen darauf schließen, daß dann die kommunistische Richtung ans Ruder kommen dürfte.

Sozialdemokratische Mehrheit in Sächsischen Landtag.

Am Sonntag fanden in Sachsen die Wahlen zur sächsischen Volkskammer statt. Es wurden gewählt: 42 Mehrheitssozialisten, 15 unabh. Sozialisten, 22 Deutschdemokraten, 5 Mitglieder der Deutschen Volkspartei, 11 Deutschnationale und 1 Mitglied der Christlichen Volkspartei.

Sozialdemokratische Mehrheit in Einzellandtagen.

In Reuß ä. L. wurden 2 Mehrheitssozialisten, 7 Unabhängige gegen 4 Demokraten und 2 Deutschnationale, in Reuß j. L. 13 Sozialdemokraten gegen 5 Demokraten und 5 Deutschnationale gewählt.

Kurze Nachrichten.

Der Gothaer L.- und S.-R. hat ein Ultimatum an die Regierung gerichtet, in der er fordert, innerhalb 24 Stunden die Regierungstruppen aus Thüringen zu entfernen und droht bei Nichterfüllung mit dem Generalstreik.

Die Regierung teilt mit, daß sie allen gewalttätigen Unternehmungen der Spartakisten entschieden entgegentreten wird und zu diesem Zwecke genügend Truppen zur Verfügung hat.

Die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau stehende Wohlfahrtsstelle zum Bezuge und zur Verteilung von Lebensmitteln, hält heute um ½5 Uhr im Auswärtigen Amte ihre konstituierende Sitzung ab.

145 Mehrheitssozialisten sind im Preußenparlament, nicht nur 144, wie wir in der letzten Zusammenstellung meldeten.

Heute Dienstag vormittags 10 Uhr ist im Volkshause zu Weimar die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung zu ihrer ersten Fraktionssitzung zusammengetreten.

In Württemberg sind für April Eisenbahntariferhöhungen vorgesehen.

Ueber Thorn ist der Belagerungszustand verhängt worden, mehrere Polen sind verhaftet worden.

Clemenceau hat die in Frankreich geplanten 800 Demonstrationsversammlungen der Arbeiterschaft verboten.

Die internationale Sozialistenkonferenz.

Bern. Der Sitzung, welche die Delegierten zur Sozialistenkonferenz abhielten, wohnten über 50 Delegierte bei. Unter den Neuangekommenen befinden sich Hugo Haase, Ramsay Macdonald (England), Troelstra (Holland), Branting erklärte, daß er von der deutschen Delegation eine Mitteilung betr. die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich erhalten habe. Die Konferenz wird sich mit dieser Denkschrift, die lebhafte Klagen enthält, zu beschäftigen haben, aber erst, wenn alle Delegierten anwesend sind. Huysmans unterbreitete der Konferenz den Vorschlag, eine Kommission zu ernennen zur vorläufigen Erörterung der zahlreichen Gebietsfragen, die gestellt wurden. Dieser Vorschlag wurde lange diskutiert und schließlich in der Form angenommen, daß die bereits vollständig anwesenden Delegationen die Mitglieder, die sie in diese Kommission entsenden, ernennen, während die Mitglieder der französischen, belgischen und englischen Delegationen erst bezeichnet werden sollen, wenn alle Mitglieder dieser Delegationen angekommen sind. Diese große Delegation, der alle anwesenden Nationen angehören sollen, solle dann aus ihrem Schoße eine Redaktionskommission wählen. An der Diskussion beteiligten sich Ellenbogen (Oesterreich), Buchinger (Ungarn), Branting (Schweden), Troelstra (Holland), Müller, Kautsky und Eisner (Deutschland), Grumbach (Frankreich), Nemec (Böhmen), Macdonald (England) und Wiban (Holland). Aus Tokio ist ein Brief eingetroffen, demzufolge eine Delegation der japanischen Sozialistenpartei unterwegs ist.

Branting kündigte die Denkschrift der deutschen Mehrheitspartei an und bemerkte dazu, daß der Kongreß im Namen der Menschlichkeit im Sinne der Denkschrift zur Frage der deutschen Kriegsgefangenen Stellung nehmen muß. Das werde aber erst möglich, wenn die Franzosen da seien. Bisher sind 27 Territorialdifferenzen angemeldet. Die unverbindlichen Besprechungen zwischen den Delegationen der Nationen haben in der Kommission begonnen, welche die Territorialfragen prüfen, die Prinzipien aufstellen und die Formeln für die Anwendung die Selbstbestimmungsrechts suchen soll. In dieser Kommission sind Molkenbuhr, Kautsky, Seitz und Ellenbogen.

Eröffnungssitzung der Konferenz.

Bern, 3. Febr. Der Internationale Sozialistenkongreß wurde heute nachmittag unter zahlreicher Beteiligung eröffnet. Erschienen sind 80 Delegierte aus 21 Ländern: Deutschland, Elsaß-Lothringen, Deutsch-Oesterreich, Frankreich, England, Schweden, Dänemark, Finnland, Böhmen, Rußland, Georgien, Griechenland, Ungarn, Rumänien, Livland, Estland, Polen, Bulgarien usw. Erwartet werden noch die Vertreter von 17 Staaten, darunter Spanien, Serbien und Japan. Belgien und die Vereinigten Staaten verhalten sich weiterhin ablehnend.

Henderson schilderte in seiner Eröffnungsansprache die Schwierigkeiten, die einer internationalen Konferenz bei Kriegsausbruch entgegenstanden, und betonte, daß die jetzige Konferenz auf die Kriegsverhandlungen einwirken werde und den Interessen der Arbeiterschaft dienen soll. Zur Einberufung hätten von 14 Tage zur Verfügung gestanden; die Kritik müsse darauf Rücksicht nehmen. Auf Vorschlag von Henderson wurde Branting zum Präsidenten der Konferenz gewählt, während auf Vorschlag von Huysmans der Holländer Wibaut und der Argentinier Just zu Vizepräsidenten gewählt wurden. Als Vertreter der Zentralmächte wurde der Deutsch-Oesterreicher Seitz und als Vertreter der Entente Henderson zu Vorsitzenden ernannt.

Branting nahm die Wahl zum Präsidenten an. Er verbreitete sich sodann über die politische Lage und über die Aufgaben der Konferenz.

Die deutschen Delegierten in Bern haben der Territorial-Kommission Resolutionen, u. a. eine solche betreffend Rückweisung französischer imperialistischer Absichten auf das Saargebiet, die Pfalz und das linke Rheinufer, ferner betreffend die sämtliche Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens, betreffend die Regelung der deutsch-polnischen Grenzfragen und betreffend die Rückgabe der deutschen Kolonien, unterbreitet. Die von allen Sozialisten stets betonte Ablehnung gewaltsamer Gebietsaneignung schließt, wie es laut „Vorwärts" in der letztgedachten Resolution heißt, die Rückgabe der besetzten deutschen Kolonien als selbstverständlich in sich.

Die „Humanite", das Zentralorgan der französischen Sozialisten, tritt entschieden für einen Rechtsfrieden ein und dafür, daß den Deutschen ihre Kolonien belassen würden.

Die Wiedereinstellung der heimkehrenden Angestellten.

Mit dem 24. Januar ist mit Genehmigung der Reichsregierung eine Verordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung in Kraft getreten.

Danach sind Betriebsunternehmer und Bureauinhaber einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechts verpflichtet, alle Kriegsteilnehmer und reichsdeutschen Zivilinternierten, die bei Ausbruch des Krieges bei ihnen als Angestellte beschäftigt waren, wiedereinzustellen. Die Wiedereinstellungspflicht erlischt, wenn die Angestellten sich nicht binnen zweier Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung zur sofortigen Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit bei ihren ehemaligen Arbeitgebern melden. Diese zweiwöchige Frist beginnt für Kriegsteilnehmer, die noch nicht aus dem Militärdienst entlassen sind, erst mit dem Tage ihrer ordnungs- oder beheilsgemäßigen Entlassung. Desgleichen für bereits entlassene Kriegsteilnehmer, die auf Grund freiwilliger Meldung zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder des Grenzschutzes Verwendung finden. Eine Entlassung der wiedereingestellten Kriegsteilnehmer kann frühestens zum Ablauf des auf den Monat der Wiedereinstellung folgenden dritten Kalendermonats erfolgen. Eine Kündigung zu diesem Zeitpunkt ist in jedem Falle zulässig.

Außerdem sind die Arbeitgeber verpflichtet, die gegenwärtig bei ihnen Angestellten weiter zu beschäftigen, soweit diese auf Erwerb angewiesen und nicht während des Krieges von einem anderen Orte zugezogen sind, es sei denn, daß sie eine ihrer Vorbildung entsprechende Anstellung an diesem Orte oder in dessen Umgebung nicht erlangen können. Diesen Angestellten darf erst zum 28. Februar 1919 gekündigt werden.

Falls einem Angestellten seit dem 1. November 1918 zum 31. Dezember 1918 oder zu einem späteren Zeitpunkt bis zum 28. Februar 1919 einschließlich gekündigt worden ist, ist die Kündigung unwirksam, wenn ihre Aufhebung innerhalb zweier Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung von dem Angestellten bei dem Arbeitgeber verlangt wird. Dieses Recht steht ihm nicht zu, wenn seine Weiterbeschäftigung mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Betriebes abgelehnt werden darf, oder die Kündigung auf Anordnung der Demobilmachungsorgane oder im Einverständnis mit dem zuständigen Angestelltenausschuß erfolgt. Die Demobilmachungsausschüsse sind befugt, Unternehmer solcher Betriebe und Inhaber solcher Bureaus, die erst während des Krieges entstanden oder wesentlich vergrößert worden sind, zur Einstellung einer bestimmten Mindestzahl von Kriegsteilnehmern als Angestellten zu verpflichten, vorausgesetzt, daß die Durchführung dieser Verpflichtung dem Arbeitgeber möglich ist. Die Eingestellten sind zur Leistung aller Dienste verpflichtet, die ihnen billigerweise zugemutet werden können und erhalten angemessene Vergütung. Betriebsunternehmer und Bureauinhaber, die sich dieser Verpflichtung in schuldhafter Weise entziehen können für jeden einzelnen Fall mit einer Buße bis zu 10 000 Mk. belegt werden.

Bei Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Wiedereinstellung oder Weiterbeschäftigung von Angestellten ist der in der Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten vorgesehene Schlichtungsausschuß zuständig. Falls eine der Parteien sich dem Schiedsspruch nicht unterwirft, kann der Demobilmachungskommissar ihn für verbindlich erklären. Die Vorschriften über die Herbeiführung eines Schiedsspruchs (falls ein solcher nicht zustande gekommen ist) durch den Demobilmachungskommissar und über die Rechtsverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen sind entsprechend der die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Arbeiter regelnden Verordnungen vom 4. Januar 1919.

Aus dem Reiche.

Leipzig. Aus den Krankmeldungen bei der Leipziger Ortskrankenkasse ist ersichtlich, daß die Grippe-Erkrankungen wieder stark im Zunehmen begriffen sind. Aerztlicherseits ist außerdem beobachtet, daß die Krankheit in den in der letzten Zeit behandelten Fällen einen viel bösartigeren Charakter zeigt als früher.

Dresden. Eine siebente Elbbrücke. Die bereits vor mehreren Jahren geplante siebente Elbbrücke soll in nächster Zeit in Angriff genommen werden. Es handelt sich um einen Plan dessen Ausführung annähernd drei Jahre beanspruchen wird. Die neue Elbbrücke soll das rechtselbische Industriegebiet mit der Schlachthofinsel verbinden.

Mieskau. Drei Kinder bei einem Brande umgekommen. Bei einem Feuer, das in der mit Stroh und anderen Vorräten angefüllten Scheune des Schulzeschen Grundstücks ausbrach und das in kurzer Zeit das Gebäude mit den darin befindlichen Maschinen vollständig einäscherte, wurden drei Kinder von einer einstürzenden Giebelwand erschlagen. Zwei wurden auf der Stelle getötet, das dritte verstarb einige Stunden später an den erlittenen Verletzungen.

Stendal. Lebensmittelschieber. Der Gastwirt und Hausbesitzer August Walter aus Magdeburg hat etwa 20 bis 30 Rinder heimlich geschlachtet, Vieh angekauft und Fleisch markenfrei abgegeben. Die Strafkammer verurteilte Walter zu 9 Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Eine Anzahl Mitangeklagte, die Beihilfe geleistet hatten, wurden zu minderen Strafen verurteilt.

Parteinachrichten.

Kautskys Aktionsprogramm und die „Einigung".

Kautskys Aktionsprogramm ist nun neben dem Abdruck in der Freiheit auch im Vorwärts abgedruckt worden. Fast die gesamte rechtssozialistische Presse hat zu dem Entwurf Stellung genommen und zwar im zustimmenden Sinne. Von unabhängiger Seite hat man sich noch nicht dazu geäußert; es sei denn, man rechne die kurze Notiz der Leipziger Volkszig. Es ist schade, daß der Parteitag der Unabhängigen verschoben wurde. Es wird interessant sein, zu hören, wie er sich zu Kautskys Richtlinien stellen wird. Von unserer Seite kann gesagt werden, daß, wenn ein Boden für eine programmatische Einigung gesucht wird, man hier von ihm sicher nicht weit entfernt wäre. Man könnte die Stellungnahme der Unabhängigen zu Kautskys Richtlinien gewissermaßen zu einem Prüfstein dafür machen, inwiefern es ihnen mit der Einigkeit der Arbeiterklasse ernst ist. Diese Einigkeit fordert nichts anderes als ein klares Bekenntnis zu den sozialdemokratischen Grundsätzen, unter Ablehnung aller bolschewistischen Lehren, die von Putschen, Terror, Gewaltherrschaft der Mehrheit durch eine bewaffnete Minderheit das Heil erwarten. Jedenfalls scheint Kautsky heute von uns weniger weit entfernt als von einem großen Teil seiner jetzigen Parteigenossen. Innerhalb der Partei der Unabhängigen klaffen die breitesten grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten und man wird wohl erst hier an das Einigen, oder auch an das Auseinandereinigen gehen müssen, bevor man weitere Probleme der Einigung praktisch in die Hand nehmen kann.

Gewerkschaftliches.

Die Forderungen der Binnenschiffer.

Die Generalversammlung der Mitgliedschaft Binnenschiffer auf Elbe, Oder und märkischen Wasserstraßen vom Deutschen Transportarbeiterverband tagte Ende Januar im Gewerkschaftshaus in Berlin. Die Versammlung beschäftigte sich mit dem zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Deutschen Transportarbeiterverband am 12. Dezember 1918 vereinbarten Provisorium über die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Schiffsbesatzungen der Gebiete Elbe, Oder und märkische Wasserstraßen. Sie erklärte die Vereinbarungen über die Nacht- und Sonntagsruhe, sowie die Lohnerhöhung für einen anerkennenswerten Fortschritt. Aber es müsse zum Ausdruck gebracht werden, daß die von den Arbeitgebern gewährten Lohn- und Arbeitsbedingungen der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in der Binnenschiffahrt noch nicht gerecht würden. Gefordert wurde eine an Mann und Schiff gebundene Nachtruhe von 8 Stunden, fallend in die Zeit von abends 6 bis morgens 8 Uhr; desgleichen eine Sonntagsruhe von mindestens 24 Stunden. Kann aus betrieblichen Gründen die Sonntagsruhe nicht eintreten, so ist an einem Werktag der gleichen Woche ein Ruhetag zu gewähren. Mindestens jeder dritte Ruhetag muß aber ein Sonntag sein. Als Grundlohn wurde für Bootsleute ein Wochenlohn von 90 Mark als Minimum bezeichnet. Die Arbeiter in der Binnenschiffahrt seien angesichts der schwierigen Lage des deutschen Wirtschaftslebens bereit, Opfer zu bringen. Es müsse aber beachtet werden, daß der Binnenschiffer die Kosten von zwei Haushaltungen zu bestreiten habe. Die von Schening betriebene Organisationsgespaltenheit wurde allseitig aufs schärfste verurteilt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190204-15/fragment/page=0003

Letzte Nachrichten.

Auf dem Wege nach Weimar.

Berlin, 4. Februar. Gestern morgen um 8 Uhr 30 Min. sind die Volksbeauftragten vom Anhalter Bahnhof zur Nationalversammlung nach Weimar abgefahren. Die republikanische Schutztruppe, Abteilung Liebe, stellte auf dem Bahnhof ein Ehrenbataillon. Ebert hielt an das Bataillon folgende Ansprache:

„Kameraden! Im Namen der Reichsregierung danke ich euch für die aufopfernde Tätigkeit der letzten Wochen. Ich hoffe, daß, während wir in Weimar ein Werk vollenden wollen, das zum Segen des ganzen deutschen Volkes gereichen wird, ihr fernerhin sorgen werdet, daß Ruhe und Ordnung in Berlin erhalten bleiben."

Helfferich über die Möglichkeit einer deutschen Kriegsentschädigung.

Einem Vertreter der „Deutschen Allg. Ztg." gegenüber äußerte sich der frühere Vizekanzler Dr. Helfferich über die Frage der Deutschland aufzuerlegenden Entschädigung. Dr. Helfferich erklärte, er sei sich auch seinerzeit als Reichsschatzsekretär darüber klar gewesen, daß mit der Dauer des Krieges die Möglichkeit, von unseren Gegnern eine Kriegsentschädigung zu verlangen, abnehme. Die Kriegskosten sind von Jahr zu Jahr größer geworden. Sie werden sich für Deutschland, wenn man den zu kapitalisierenden Betrag der Hinterbliebenenrente hinzurechnet, wohl kaum auf weniger als 200 Milliarden Mark belaufen, bei einem Volksvermögen von wenig über 300 Milliarden Mark vor dem Kriege. Schon darin, daß Deutschland aus einem Gläubigerlande zu einem Schuldnerlande geworden sei, liege eine Verminderung des deutschen Volksvermögens, die nach Helfferichs Ansicht mit 25 bis 30 Milliarden veranschlagt werden müsse. Dazu käme die Minderung des Volksvermögens im Innern, die sich auf unbezifferbare Millionen belaufe. Dr. Helfferich erklärte, das deutsche Volk sei heute einfach nicht imstande, eine nennenswerte Entschädigung zu zahlen, und zwar weder in Kapital noch in den Zinsen.

Die Bedingungen für Deutschlands Teilnahme an der Friedenskonferenz.

Rotterdam, 3. Februar. Nach dem „Nieuwe Rotterd. Courant" meldet die „Central News" aus Paris vom 2. Februar, daß ein einflußreiches Mitglied der Konferenz auf die Frage, unter welchen Friedensbedingungen es den Deutschen gestattet werden würde, mitzuberaten, antwortete, daß dies in der Hauptsache die Fragen sein würden, die auf die Art und Höhe der Schädenvergütung Bezug haben. Man kann als bestimmt annehmen, daß die Konferenz auf jährliche Zahlungen bestehen wird, die vor der Auszahlung der Zinsen der deutschen Kriegsanleihen geleistet werden müßten. Ferner werden die Deutschen in der Frage der gerichtlichen Verfolgung derjenigen Personen, die der Verantwortlichkeit für den Krieg und der Uebertretung der Gesetze der Menschlichkeit beschuldigt werden, gehört werden.

Ein Sieg Wilsons.

Nach Meldung aus Paris stimmten die englischen Delegierten für den Wilsonschen Antrag, daß die direkten Kriegskosten nicht in die Entschädigungsforderungen an den Feind einbezogen werden dürfen.

Wir bitten

unsere Leser und Leserinnen, sich bei Einkäufen auf die Anzeigen in der Volksstimme zu berufen.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung des Herrn Ersten Amtsanwalts sind bestraft worden:

1. die Händlerin Auguste Schulze geb. Reichmeister in Halle, Kühler Brunnen 2, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts Halle vom 23 August 1918 wegen Vergehens gegen § 4 6 der Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 pp. Preissteigerei und Nichtausfertigung von Schlußscheinen, eine Geldstrafe von 350 M., hilfsweise für je fünf Mark 1 Tag Gefängnis;

2. der Handelsmann Otto Förderer in Halle, Königstr. 5, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts hier vom 5. September 1918 wegen Schleichhandels mit 1 Monat Gefängnis und 100 M. Geldstrafe, sowie wegen Höchstpreisüberschreitung für Kartoffel und Frühbirnen, Unterlassung der Anbringung von Preistafeln und Ausstellung eines Schlußscheines mit einer Geldstrafe von 300 und 50 und 50 = 400 M. oder 1 Tag Gefängnis für je 5 Mark;

3. der Geschäftsführer August Horn aus Halle, Gr. Ulrichstraße 27, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts hier vom 9. November 1918 wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Mehl mit einer Geldstrafe von 500 M. oder 1 Tag Gefängnis für je 10 Mark;

4. der Handelsmann Reinhold Herrling aus Halle, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts hier vom 19. Oktober 1918 wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Johannisbeeren, Kirschen, Gänse mit einer Geldstrafe von 400 M. oder 40 Tage Gefängnis und Einziehung von 251 Mark;

5. die Obsthändlerin Hedwig Schneider geb. Hirsch aus Halle, Rannischstr. 12 durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts hier vom 16 September 1918 wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Aepfel und Birnen, Unterlassung des Aufstellens eines Preisverzeichnisses, Beiseiteschaffung beschlagnahmter Aepfel und Birnen II. Sorte, mit einer Geldstrafe von 10 und 425 und 100 = 535 M. oder 1 Tag Gefängnis für je 5 Mark;

6. die Lebensmittelhändlerin Anna Sennewald geb. Stahl in Halle, Merseburger Straße 35, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts hier vom 9. Oktober 1918 wegen Ueberschreitung der Höchstpreise und Verstoß gegen die Schlußscheinvorschriften mit einer Geldstrafe von 100 und 50 und 50 und 50 und 50 = 300 M. oder ein Tag Gefängnis für je 5 M.; sowie Einziehung des übermäßigen Gewinnes von mindestens 65,10 M. und des Erlöses von 8,25 M. aus dem beschlagnahmten Obst und Bekanntmachung der Bestrafung in den hallischen Nachrichten, sowie durch zweiwöchentlichen Anschlag im Geschäftsraume des Beschuldigten;

7. der Kaufmann Friedrich Günther in Halle, Mansfelder Straße 66, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts hier vom 12. September wegen Handelns mit Lebensmitteln ohne Erlaubnis und übermäßiger Preissteigerung vor Gegenständen des täglichen Bedarfs (Kettenhandel) mit einer Geldstrafe von 150 M. oder 1 Tag Gefängnis für je 5 Mark;

8. die Lebensmittelhändlerin Auguste Schmidt geb. Mentzel in Halle, Ludwig-Wucherer-Straße 74, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts hier vom 16. September 1918, wegen Uebertretung der Höchstpreise für Aepfel und Birnen, Unterlassung der Aufstellung eines Preisverzeichnisses, Beiseiteschaffung beschlagnahmter Aepfel und Birnen II. Sorte, mit einer Geldstrafe von 210 und 10 und 40 = 260 M. oder 1 Tag Gefängnis für je 5 Mark;

9. der Schlächtermeister Ernst Halke in Halle, Gr. Ulrichstraße 62, durch rechtskräftiges Urteil der I. Strafkammer des Landgerichts hier vom 14. Mai 1918 wegen Preiswuchers mit einer Geldstrafe von 300 M. oder 1 Tag Gefängnis für je 10 M.;

10. der Kaufmann Franz Baumgärtel aus Halle, Lessingstraße 24, durch rechtskräftiges Urteil des Landgerichts hier vom 14. Mai 1918 wegen Preiswuchers für Sardellen zu einer Geldstrafe von zehntausend Mark oder 1 Tag Gefängnis für je 10 M.;

11. der Fleischer Richard Ufer aus Halle, Pestalozzistr. 5, durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts Halle vom 21. Oktober 1918 wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Pferdefleisch mit einer Geldstrafe von 250 Mark.

Halle, den 29. Januar 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat. **Die Polizeiverwaltung.**
K. Reiwand.

Bekanntmachung.

Die Firma Graeb & Söhne beabsichtigt, ihr Grundstück in Trotha mit einem Anschlußgleis zu versehen.

Der Plan liegt von Mittwoch, den 5. Februar bis Dienstag, den 18. Februar 1919, während der Dienststunden (8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags) im Polizeiverwaltungsgebäude, Dreyhauptstr. 4, Zimmer 97, zu jedermanns Einsicht aus.

Während dieser Zeit kann jeder Beteiligte im Umfange seines Interesses Einwendungen gegen den Plan entweder bei der Polizeiverwaltung schriftlich oder bei der genannten Dienststelle zu Protokoll erheben.

Halle, den 1. Februar 1919.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat: **Die Polizeiverwaltung.**
K. Reiwand.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß in der Provinz Sachsen die Bucheckernabnahmestellen am 28. Februar geschlossen werden.

Alle noch abzuliefernden Bucheckern müssen bis dahin den öffentlichen Abnahmestellen zugeführt sein.

Halle, den 4. Februar 1919.

Die Kriegswirtschaftsstelle für den Stadtkreis Halle.

Stadt-Theater

Mittwoch, d. 5. Febr. 1919. Anf. 7. Ende 10 Uhr:
Die weisse Dame.
Kom. Oper von Boildieu.
Donnerstag:
Maria Stuart.

Zoo.

Donnerstag, d. 6. Febr. 1919, abends 8 Uhr:
V. Gesellschafts-Konzert
vom
Stadttheater-Orchester.
Eintrittspreis für Nichtabonnenten 1 M., Abonnenten für den Zoo und Winkelmann frei. 2172

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis.
(Alte Partei.)
Distrikt Ammendorf.
Donnerstag, den 6. Februar, abends 7 Uhr, im Gasthof „Zum Goldenen Adler", Inh. Landmann
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Gemeindevertreterwahl.
Redner: Genosse Pikard.
2. Vereinsangelegenheiten.
Der Distriktsführer.
NB. Freunde und Anhänger der Partei sind als Gäste willkommen 2170

Ehemalige deutsche Kriegsgefangene aus Russland,
die gewandt und frei
Vorträge
halten können, melden sich mit kurzem Lebenslauf und Angabe, wo bereits gesprochen, unter Nr. 2171 an die Exped. d. Ztg.
Gute Verdienstmöglichkeit.

Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.
Wieder vorrätig:
Gesetze und Verordnungen der sozialistischen Republik.
Ein Leitfaden durch die neu erlassenen wichtigsten Gesetzvorschriften und Verordnungen. Preis: 1 Mk.

Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.
Wieder eingetroffen:
Die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
von Friedrich Engels.
Preis: 60 Pfg.

Grundsätze u. Forderungen der Sozialdemokratie.
Erläuterungen zum Erfurter Programm
von Karl Kautsky und Bruno Schönlank
Preis: 50 Pfg.
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Buchhandlung der Volksstimme
Fernsprecher 5407 **HALLE** Gr. Ulrichstraße 27
Empfehlenswerte Schriften belehrenden und unterhaltenden Charakters:
Die Gleichheit Zeitschrift zur Verfechtung der Interessen der schaffenden Frau. Einzelnummer . . . . . 5 Pf.
In freien Stunden Wochenschrift, enthaltend spannende Romane und interessante Erzählungen für jede Arbeiterfamilie. Wöchentlich eine Nummer zum Preise von . . . . . 20 Pf.
Der Wahre Jacob Illustrierte politisch-satirische Wochenschrift, die einzelne Nummer . . . . . 15 Pf.
Berliner Illustrierte Zeitung Einzelnummer . . . . . 15 Pf.
Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek herausgegeben unter Leitung von Dr. med. Zadek. Ca 50 verschiedene Bändchen . . . . . à 20 Pf.
Dokumente zum Weltkrieg Bearbeitet von Eduard Bernstein.
Reichhaltige Roman-Bibliothek der beliebtesten Autoren.
Für die Schneiderei:
Modenzeitung / Frauenzeitung / Praktische Damenmode
Hausschneiderei Sonntagszeitung / Deutsche Modenzeitung

Die medizinische Fakultät der Universität Halle veranstaltet während der Monate Februar, März, April
Fortbildungskurse für kriegsapprobierte Ärzte
in sämtlichen für den Arzt wichtigen Fächern.
Der Kursus beginnt am **Donnerstag, den 6. Februar 1919** und schliesst am 16. April 1919.
Die Kurse finden statt in den Universitäts-Kliniken und Instituten. 2153
Anmeldungen sind zu richten an das Zentralkomitee für das ärztliche Fortbildungswesen in Berlin N. N. 6, Louisenplatz 2—4 und an den unterzeichneten Dekan der Fakultät.
Geh. Med. Rat Prof. Dr **Denker,** derzeit, Dekan.

Nach Rückkehr aus dem Felde
Praxis wieder aufgenommen.
Dr. med. H. Barth,
Hals-, Nasen- und Ohrenarzt.
2163 Leipzigerstrasse 52, I. — Telefon 4999.

In freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Das Kommunistische Manifest.
Mit Vorreden von Karl Marx und Friedrich Engels und einem Vorwort von Karl Kautsky.
Preis: 30 Pfennig
Zu haben in der
Buchhandlung der Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

Ordentliche
Zeitungsträgerinnen
bei höchstem Lohn
gesucht.
Verlag der „Volksstimme"
Große Ulrichstraße 27.

Wohnung gesucht
auch außerhalb der Stadt. Angebote unter P. 100 an die Expedition dieser Zeitung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190204-15/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 29. Halle, Dienstag, den 4. Februar 1919. 3. Jahrgang.

Die neue Landarbeitsordnung.

Der Reichsbauern- und Landarbeiterrat, den die Verbände landwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Berlin geschaffen haben, hat nachstehende nunmehr von der Regierung mit Gesetzeskraft erlassene vorläufige Landarbeitsordnung aufgestellt. Ihre wichtigsten Bestimmungen sind:

In land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, für die ein Tarifvertrag nicht besteht, sind Dienstverträge mit mehr als halbjähriger Dauer schriftlich abzuschließen, sofern darin Bezüge, die nicht allein in Geld ausgedrückt sind, zugesichert werden.

Die tägliche Höchstarbeitszeit beträgt in vier Monaten durchschnittlich acht, in vier Monaten durchschnittlich zehn und in vier weiteren Monaten durchschnittlich elf Stunden. Darüber hinaus geleistete Ueberstunden sind besonders zu vergüten. Die Ueberstundenvergütung soll mindestens ein Zehntel des ortsüblichen Lohnes mit 50 Prozent Aufschlag betragen. In die Arbeitszeit sind die Wege vom Hofe zur Arbeit und von der Arbeit zum Hofe einzurechnen. Während des Sommerhalbjahres sind täglich mindestens zwei Stunden Ruhepause zu gewähren.

Der Barlohn ist in der Regel wöchentlich zu zahlen. Wo Naturalien als ein Teil des Lohnes veranlagt werden, sind Waren von mittlerer Beschaffenheit der Ernte zu liefern. Die Lieferung soll in der Regel vierteljährlich erfolgen. Ihr Wert ist nach dem amtlichen Erzeugerhöchstpreis bzw. nach dem Marktpreis des nächsten Marktortes zu berechnen. Wohnungen, Landnutzung und andere Leistungen, die keinen Marktwert haben, sollen, wenn sie als Teil der Entlohnung zugesichert werden, in ihrem Geldwert schriftlich festgesetzt werden.

Lohneinhaltungen für Sicherung des Schadenersatzes bei widerrechtlicher Lösung des Vertrages dürfen das fünfzehnfache des ortsüblichen Tagelohnes nicht übersteigen und dürfen bei den einzelnen Lohnzahlungen nur bis zu einem Viertel des fälligen Barlohnes in Abzug gebracht werden.

In Betrieben mit Arbeiterausschuß ist nach dessen Anhören eine Arbeitsordnung zu erlassen. Arbeiterinnen, die ein Hauswesen zu versorgen haben, sind so früh von der Arbeit zu entlassen, daß sie eine Stunde vor der Hauptmahlzeit in ihrer Häuslichkeit eintreffen. An den Vortagen der Hauptfeste sind sie von der Arbeit entbunden.

Die Wohnungen sollen in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung einwandfrei und für Verheiratete unter Berücksichtigung der Kinderzahl und Geschlechter ausreichend sein. Wohnungen der Ledigen sollen heizbar und verschließbar sein.

Für die Lösung des Arbeitsvertrages gelten im allgemeinen die Bestimmungen der Gewerbeordnung. Dienstverpflichteten mit eigenem Hausstand steht bei vorzeitiger unverschuldeter Auflösung des Dienstvertrages für sich und ihre Familie die Benutzung der vom Arbeitgeber gewährten Wohnung bis zu drei Wochen nach Vertragsende ohne Vergütung zu. Ist die vorzeitige Auflösung des Arbeitsverhältnisses vom Dienstverpflichteten verschuldet, so kann er noch zwei Wochen lang die Wohnung gegen Vergütung benutzen.

Bei vorzeitiger Beendigung des Dienstverhältnisses sollen den Dienstverpflichteten von den ihm vom Arbeitgeber gewährten Lande die Früchte in einem seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Anteil unter Zugrundelegung des Durchschnittsertrages der Fläche zustehen. Renten irgendwelcher Art, insbesondere Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenrenten dürfen auf den Lohn nicht angerechnet werden.

In allen Streitfällen entscheidet der Schlichtungsausschuß, wodurch jedoch der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen wird.

*

Die neue sächsische Landarbeitsordnung.

Die Dresdner Volkszeitung teilt mit, daß von der sächsischen Regierung die Aufstellung einer Landarbeitsordnung in Aussicht genommen ist. Die Beratungen sind nahezu abgeschlossen. Die Landarbeitsordnung fordert für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, für die Tarifverträge nicht bestehen, den Abschluß von Dienstverträgen. Die tägliche Arbeitszeit wird festgesetzt auf acht, zehn und elf Stunden für je vier Monate im Jahr. Darüber hinaus geleistete Dienste sind als Ueberstunden zu vergüten. In die Arbeitszeit sind die Wege von und nach der Arbeitsstätte einzurechnen. Der bare Lohn ist wöchentlich zu geben, die Naturalien in mittlerer Güte. In Streitfällen entscheidet ein Schlichtungsausschuß. Die Fütterung und Pflege der Tiere an Sonn- und Festtagen ist als Ueberarbeit zu vergüten, sofern im Vertrag nichts anderes angegeben ist. Arbeiterinnen, die ein Hauswesen versorgen, sind an den Tagen vor den Festen von der Arbeit entbunden. Renten dürfen, insbesondere bei Kriegsverletzten, nicht auf den Lohn angerechnet werden. Wo jetzt schon günstigere Verhältnisse bestehen, sollen sie durch die Neuordnung keine Beeinträchtigung erfahren. In Betrieben mit mindestens zwanzig Arbeitern ist eine Arbeitsordnung vom Arbeiterrat aufzustellen.

Lokales und Provinzielles.

Halle, 4. Februar 1919.

Stadtverordneten-Sitzung

am 3. Februar 1919.

Die Haushaltspläne der Müller-Stiftung sowie der Riebeck-Stiftung wurden gemäß Magistrats-Antrag debattelos genehmigt.

Dem nächsten Punkt: „Aenderung des Theater-Pachtvertrages" liegt eine Petition des wirtschaftlichen Verbandes vortragender Künstler zugrunde, welche fordert:

1. Verpflichtung der Theaterleitung, nur organisierte Mitglieder zu verpflichten. 2. Ganzjährige Verträge mit 4—6wöchentlichen Ferien bei vollen Bezügen für das gesamte Personal. 3. Bezahlung der Doppelvorstellungen mit halber Tagesgage. 4. Mindestgehälter: a) Soli monatlich 350 Mk., Anfänger im ersten Jahr 120 Mk., im zweiten Jahr 240 Mk. monatlich; b) Chor monatlich 300 Mk., Anfänger im ersten Jahr 120 Mk., im zweiten Jahr 240 Mk monatlich; c) Ballett monatlich 300 Mk., Anfänger im ersten Jahr 120 Mk., im zweiten Jahr 240 Mk. monatlich; d) Orchester monatlich 300 Mk. (unter Zugrundelegung der bereits bestehenden Staffelung. 5. Gehaltsaufschläge: für das darstellende Solo-Personal, für Kapellmeister, Balletmeister, für Bureauvorstände, Inspizienten, Souffleure je nach Höhe der Gehälter 60 bis 10 Prozent. Die Erhöhung darf in keinem Falle den Betrag von 200 Mark monatlich übersteigen und darf nicht weniger als 50 Mk. monatlich betragen, sofern die Verträge bis 31. August v. J. abgeschlossen waren. Diese Sätze sollen mit Rückwirkung vom 1. Oktober v. J. ab gelten, und die Aufschläge sollen nicht in Form von Teuerungszulagen, sondern als feste Bezüge und auch für die Zukunft gelten. Für Mitglieder, deren achtmonatliches Einkommen nach anliegenden Tabellen achttausend Mark beträgt oder übersteigt, werden ganzjährige Verträge nicht gefordert. 6. Ergänzungen des aufzufüllenden Personals möglichst durch während des Krieges eingezogene Künstler. 7. Gründliche Revision sämtlicher Theater-Verträge einschließlich des Pachtvertrages unter Beziehung des hiesigen neu zu bildenden Rates geistiger Arbeiter, wobei der Vertrauensmann der Theatergarderobiers Sitz und Stimme haben soll. 8. Etwaige angerechtfertigte Fälle, die sich aus obigem Programm ergeben sollten, schlichtet auf Anruf des Mitgliedes oder der Direktion, eine aus den Führern der Organisation zu bildende Kommission, in der Anrufer Sitz und Stimme hat. Stv. Herzfeld als Berichterstatter des Theater- und Haushalt-Ausschusses befürwortet, folgenden Magistratsbeschluß zuzustimmen: 1. Herrn Theaterdirektor Sachse zu ermächtigen, den vorbezeichneten Forderungen zu 3 bis 6 zu entsprechen und zwar für die Zeit vom 1. Okt. 1918 bis 1. Mai 1919, dagegen hinsichtlich der Orchestermitglieder bis zum Ablauf ihrer ganzjährigen Verträge, 2. die dadurch erforderlichen Mehraufwendungen durch die Betriebseinnahmen der Theaterspielzeit 1918/19 und, soweit nicht ausreichend, durch den sog. Ueberschuß der Stadt aus der Theaterspielzeit 1917/18 zu decken, 3. Herrn Theaterdirektor Sachse für die gegenwärtige Spielzeit ein Mindesteinkommen von 15 000 Mark zu gewährleisten. Gegen die übrigen Punkte der Petition ständen erhebliche Bedenken. Im Prinzip wäre der Forderung 2: Abschluß ganzjähriger Verträge zuzustimmen, jedoch würde durch diese Forderung der mit dem Theaterdirektor Sachse abgeschlossene Pachtvertrag eine einschneidende Veränderung erfahren. Besser wäre es, die Neuregelung des Pachtvertrages der neuzuwählenden Stadtverordnetenversammlung zu überlassen. Stv. Hennig führt aus, daß nach dem Vorschlage der Kommissionen doch nur das Mindeste der berechtigten Forderungen erfüllt würde. Er beantragt, den Magistrat zu ersuchen, die Vorarbeiten für Uebernahme des Stadttheaters in städtische Verwaltung auszuführen und die Vorlage über den eigenen Betrieb des Stadttheaters der neuen Stadtverordneten-Versammlung vorzulegen. Stv. Borges ist der Ansicht, daß die vorgeschlagene Verabschiedung dieser Vorlage weder den Theaterdirektor, die Angestellten und die Stadtverordneten-Versammlung befriedigt. Tatsächlich sei der jetzige Zustand doch so, daß es zur Uebernahme in städtische Verwaltung nur ein kleiner Schritt sei. Er beantragt, der Magistrat möge in die Prüfung der Frage eintreten, ob mit Ablauf der jetzigen Spielzeit das Theater in städtische Verwaltung zu nehmen ist.

Nachdem noch die Stadtverordneten Emmer und Manschewski kurz zur Sache gesprochen und Stv. Herzfeld darauf hingewiesen, daß der jetzige Pachtvertrag mit Dir. Sachse erst am 1. Aug. 1920 abläuft, wird der Magistratsantrag angenommen. Angenommen wurde auch der Antrag Borges, während der Antrag Hennig abgelehnt wurde.

Einer Erhöhung der Bäderpreise und Leihgebühren im Stadtbade sowie Erhöhung der Verpflegungssätze in den christlichen Herbergen wird debattelos zugestimmt. Der nun folgende Magistrats-Antrag, dem Arbeiter-Rat für Halle den Betrag von 15 000 Mark zu Lasten des Kriegsfonds zu zahlen und die bereits für November und Dezember 1918 gezahlten 6242 Mk. vom Vorschußkonto auf den Kriegsfond zu übernehmen, wird nach Darlegung des Stv. Kühme und des Vorsitzenden an den Magistrat zwecks näherer Erläuterung der Ausgabensätze (Lohnausfall und Aufwands-Entschädigung) zurückverwiesen.

Die nun folgenden Punkte: Verwaltungs-Ordnungen für unsere städtischen höheren Knabenschulen, Lyzeum, Studienanstalt und Frauenschule; Landaustausch in Seeben und Beschaffung von Wäsche und Bekleidungsstücken für Alters- und Pflegeheim sowie Kinderheim (13 758 Mk.) finden debattelose Zustimmung.

Der Verband der Bureauangestellten, Ortsgruppe Halle petitioniert um Aufbesserung der Gehälter für die Bureau-Hilfsbeamten in städtischen Bureaus um 30 bis 100 Prozent und um Gewährung einer einmaligen Entschuldungszulage von 150 bis 800 Mark, je nach Höhe des Gehaltes und der Tätigkeitsdauer. Stv Kühme als Berichterstatter des Sozialen Ausschusses schlägt vor, den männlichen Hilfsarbeitern pro Tag 1 Mk., den weiblichen 0,50 Mk Zulage zubewilligen. Gleichzeitig regt er an, den Hilfsbeamter im städtischen Wahlbureau statt des ungereichenden Grundgehaltes von 5 Mark ein solches von 7 Mk. zu gewähren Stv. Osterburg weist darauf hin, daß die auch mit der vorgeschlagenen Erhöhung erreichten Gehalter bei der jetzigen teuren Zeit kaum das Existenzminimum erreichen und empfiehlt die Zustimmung zu den Sätzen der Petition. Stv. Hoffmann tritt dem entgegen und betrachtet die vorgeschlagenen Sätze für ausreichend. Stv. Balte bemängelt, daß die Petition nicht durch den Beamten-Ausschuß gegangen ist und befürwortet bessere Entlohnung der Hilfsarbeiter. Stv. Kühme weist darauf hin, daß es sich in der Mehrzahl um Rentenempfänger und junge Leute handelt, die bei ihren Eltern wohnen für die die vorgeschlagenen Sätze ausreichend seien. In der nun folgenden Abstimmung wird die Magistratsvorlage genehmigt sowie einem Antrag Steinbrück Zustimmung erteilt, für Hilfsarbeiter ein Grundgehalt von 7 Mk. festzusetzen.

Schluß der Sitzung 6¼ Uhr.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Bis zum 2. März müssen die Neuwahlen zu den Gemeindeparlamenten stattfinden. Für diese Wahlen ist die Wahlordnung maßgebend, die für die Wahl zur preußischen Landesversammlung Geltung hatte. Insbesondere sind bei dieser ersten allgemeinen Gemeindewahl auch die Wählerlisten zur preußischen Landesversammlung anzuwenden. Wähler, die bis zum Tage der Wahl das wahlberechtigte Alter erreichen, müssen ihre Eintragung verlangen. Es wird die gesamte Stadtverordneten-Versammlung auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen neugewählt. Beseitigt ist die Dreiklassenschmach auch in den Gemeinden, verschwunden ist das Privileg für Hausbesitzer, beseitigt sind auch lokale Ungerechtigkeiten. Jetzt muß das Volk auch dieses freie Gemeindewahlrecht richtig anwenden. Wie wir hören, ist dem Ersuchen unseres Parteivereins stattgegeben worden und soll die Stadtverordnetenwahl in Halle am Sonntag, den 2. März stattfinden. Für die Zukunft Halles und seiner Einwohnerschaft wird die Wahl am 2. März von unendlich großer Bedeutung sein. Was der freie Volksstaat an Gesetzen, Verordnungen und sozialen Maßnahmen trifft, das wird zur Wirklichkeit erst in der Gemeinde. Die Gemeinde macht aus Gesetzen wirkliches warmes Leben; die Gemeindepolitik kann allerdings auch die Wirkung haben, daß gute Staatsgesetze leere Formeln bleiben. Wie wir wohnen können, welche Arbeitsgelegenheit die Zukunft bringt, wie für den geistigen Aufstieg der Jugend das Volk Möglichkeiten geschaffen werden, das hängt praktisch von der Zusammensetzung des Stadtparlaments ab. Fürsorge für die Schwachen, Entwicklungsmöglichkeiten für die Tüchtigen, das schafft die Gemeinde. Der Sozialismus wird in ihr zur Tat!

Grundsatz einer sozialdemokratischen Gemeindepolitik muß sein: Die Lasten auftragfähige Schultern, Sorge im weitesten Sinne für die Allgemeinheit. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien wissen, daß in der Gemeinde nicht Politik zu machen ist mit der Verkündung von stolz klingenden Worten, sondern nur durch praktisches Wirken. Sie wissen, daß die Zukunft materielle Opfer von ihnen verlangt, darum stehen sie der Demokratie in der Gemeinde auch kühl und ablehnend gegenüber. Praktisch war die bürgerliche Politik im bisherigen Stadtparlament ein beständiges Intrigieren, gegenseitiges Bekämpfen von Interessengruppen. Einig war man nur, wenn es galt, gegen die Sozialdemokratie Front zu machen. Weil die bürgerlichen Parteien nur materielle Interessen im Stadtparlament vertreten, darum sind sie gegen das allgemeine Wahlrecht zur Gemeindevertretung. Neue Demokraten und alte Nationalliberale sind gegen das gleiche und allgemeine Wahlrecht zur Gemeindevertretung. Das darf niemals außer acht gelassen werden.

Es gilt nun einer demokratischen und sozialistischen Politik in der Gemeinde freie Bahn zu schaffen. Das verlangt die Zukunft unsers Gemeinwesens gebieterisch. Am 2. März muß daher die Sozialdemokratie glänzend siegen —

* **Die Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe.** Im Gastwirtsgewerbe ist es zu einer Verständigung gekommen. Von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde ein Tarifvertrag unterzeichnet, der bereits am 1. Februar in Kraft getreten ist. Die lange Arbeitszeit wird beseitigt. 10 Stunden wird gearbeitet, jeder im Gastwirtsgewerbe Beschäftigte erhält einen 36 stündigen Ruhetag. Die Löhne werden erhöht, das Trinkgeld wird aber beibehalten. Der Tarifvertrag gilt für sämtliche in Halle und Umgebung bestehenden Gastwirtsbetriebe und ist der erste allgemeine Tarifvertrag im Gastwirtsgewerbe. — Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch den städtischen paritätischen Arbeitsnachweis der Stadt Halle. Solange jedoch eine Fachabteilung für das Gastwirtsgewerbe beim städtisch-paritätischen Arbeitsnachweis nicht besteht, darf die Vermittlung nur durch die Bureaus der vertragschließenden Parteien erfolgen.

* **Neuregelung der Beamtenbesoldung.** Auf eine Anfrage hat der preußische Finanzminister die Antwort erteilt, daß mit einer demnächstigen Neuregelung der Besoldung für die Staatsbeamten zu rechnen ist. Der Zeitpunkt, zu dem die Besoldung zu erwarten ist, kann jedoch vorläufig noch nicht angegeben werden.

* **Fortgeltung der Wucherbestimmungen für Textilwaren.** Durch Verordnung des Demobilmachungsamts ist die Bekanntmachung des Bundesrats über Preisbeschränkungen beim Verkauf von Web-, Wirk- und Strickwaren aufgehoben worden. Trotzdem gelten aber die Vorschriften der Bundesratsverordnung weiter. — Infolge der Aufhebung der genannten Bekanntmachung fällt nur das bisher mögliche Schiedsgerichtsverfahren weg. Die Strafbarkeit von übermäßigen Preisforderungen beim Verkauf von Textilwaren bleibt bestehen. Bei dieser Gelegenheit sei wiederholt auf die Grundsätze der angemessenen Preisgestaltung bei Web-, Wirk- und Strickwaren hingewiesen. Die Strafverfolgungsbehörden mußten noch in letzter Zeit in vielen Fällen einschreiten, in denen die Kriegshöchstbeträge bis über 50 Prozent auf ihren Gestehungspreis aufkalkuliert hatten. Ein Recht zum Aufschlag von 50 Prozent besteht durchaus nicht. Als zulässig kann vielmehr nur der Aufschlag gelten, der nach Abzug von anteiligen Beträgen für Geschäftsunkosten einschl. Kapitalzins, für Unternehmerlohn usw. Risikoprämie dem Händler einen angemessenen Reingewinn belässt. Dieser Reingewinn darf in seiner absoluten Höhe den Friedensgewinn nicht übersteigen, soweit nicht die Berücksichtigung der Geldentwertung eine gewisse Erhöhung rechtfertigt.

* **Papiergewebe.** Nach den Erfahrungen der Kriegsrohstoff-Abteilung und Reichsbekleidungsstelle ist eine erhebliche Anzahl von Papiergarnerzeugnissen als brauchbar festgestellt. Wegen des Mangels an natürlichen Faserstoffen werden eine längere Zeit Papiergarnerzeugnisse insbesondere Verwendung finden müssen als: Futterstoffe für Bekleidungszwecke, zu Mützen, Schutzborten für Kleider, Schutz- und Berufskleidung (Monteuranzüge, Schutzschürzen usw., Bindfaden für Verpackungszwecke, Rucksäcke, Taschen (Akten-, Brief-, Geld- und Markttaschen), Wagenplane, Dreschplane usw., Säcke aller Art, Küchentücher, Strohsäcke, Tischtücher, Wandbespannungen usw. Andererseits liegt es auch im dringenden Interesse der in der Papiergarn-Industrie noch beschäftigten 40 000 Arbeiter, daß alle Verbraucher von Textilstoffen, insbesondere die Haushaltungen sich nach wie vor Papiergewebe beschaffen. Für Großbehörden, Behörden und Wiederverkäufer von Bekleidungs-, Gebrauchs- und sanitären Gegenständen, technischen Bedarfsartikeln, Wäsche und Wohnungseinrichtungen aus Papiergarn ist der Kriegsausschuß für Textilersatzstoffe, Berlin W. 8, Unter den Linden 34, bereit, über die Art der zu beschaffenden Papiergarnerzeugnisse Auskunft zu erteilen sowie geeignete Bezugsquellen nachzuweisen.

* **Weitere Ausdehnung der Bezugsscheinfreiheit.** Wie der „Konfektionär" mitteilt, beschloß die Reichsbekleidungsstelle eine abermalige Erweiterung der Freiliste. Vom 2. Februar ab dürfen ohne Bezugsschein verkauft werden: Stoffe aus Wolle, Halbwolle und Kunstwolle, die bis einschließlich 130 Zentimeter breit liegen. Flauschstoffe und Plüsche in jeder Breite, Kleider, Mäntel, Röcke, Umhänger, Morgenröcke, Jacken und Blusen aus Wolle. Halbwolle oder Kunstwolle für Frauen und Mädchen.

* **Militärmäntel.** Diejenigen aus dem Heeresdienst Entlassenen, welche als Entlassungsanzug a. einen Mantel erhalten haben und diesen nicht unbedingt nötig brauchen, werden dringend gebeten, diese Mäntel zur Einkleidung von Freiwilligen für Ober-Ost bezw. Grenzschutz-Ost gegen Abschätzungswert an die Heeresverwaltung zu verkaufen. Abschätzung und Bezahlung erfolgt täglich von 9—3 Uhr im Stabsgebäude des Feldartillerie-Regiments 75, Zimmer 39.

* **Wo ist der Geldbriefträger Schlegel?** Unter Hinweis auf die Belohnung von 1500 Mk. die auf die Ermittelung des Geldbriefträgers Schlegel bezw. der Täter ausgesetzt sind, wird das Publikum nochmals gebeten, jede Wahrnehmung, und wenn sie noch so geringfügig erscheint, schleunigst der Kriminalpolizei, Dreyhaupstr. 4, Zimmer 71 oder 73, mitzuteilen. Schlegel ist am 6. Januar nachmittags gegen 5 Uhr zuletzt gesehen worden, seitdem fehlt jede Spur von ihm.

* **Jugendliche Taschendiebin.** Am 31. Januar ist hier ein 15jähriges Mädchen wegen Taschendiebstahls festgenommen worden. Es ist geständig, in etwa 25 Fällen auf dem Bahnhofsvorplatze, Riebeckplatz, Marktplatz und vereinzelt in der Talamtschule im Gedränge Taschendiebstähle verübt und das Geld seiner Mutter gegeben zu haben. Der jugendlichen Diebin sind Beträge bis zu 620 Mark in die Hände gefallen. In der elterlichen Wohnung sind dann auch mehrere tausend Mark vorgefunden und beschlag-

Zuschriften an die Redaktion

adressiere man:

Halle, Gr. Brauhausstraße 17.

Alle geschäftlichen Angelegenheiten, Zeitungsbestellungen, Expeditionsangelegenheiten adressiere man an die

Expedition der „Volksstimme"

Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190204-15/fragment/page=0005

nahmt worden, außerdem drei Jubiläums-Dreimarkstücke von 1913, Ringe und andere Wertsachen. Die Sachen liegen bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36 (oder 37) zur Ansicht aus.

45 Gramm Butter werden in der Woche vom 3. bis 9. Februar auf Abschnitt 6 der Fettkarte für jede Person abgegeben vom Donnerstag bis Sonnabend. Die Butter ist zum größten Teile Auslandsbutter, die im Preise höher steht als Inlandbutter. Es wird infolgedessen die gesamte zur Verteilung kommende Butter dielesmal mit einem Durchschnittspreise verkauft, der für die Portion (45 Gramm) mit 53 Pfg. festgesetzt wird.

Städtischer Verkauf von Reis in der Talamtschule am Mittwoch für die Lebensmittelscheine 96 701—74 000 vormittags von 8—12 Uhr und nachmittags von 2—6 Uhr. Bellefert werden nur diejenigen Inhaber der vorstehenden Lebensmittelscheinnummern, welche bei der Verteilung am Mittwoch, den 29. Januar 1919, nicht berücksichtigt werden konnten. Für jede Person werden 58 Gramm zum Preise von 35 Pfg. abgegeben.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Mittwoch auf Abschnitt 9 für die eingetragenen Kunden bei dem Milchhändler Hinsche, Gr. Gosenstr. 21, Milchhändler Brockhaus, Ludwigstr. 26 und Milchhändler Bergholz, Weißenburg Str. 12. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben.

Städtischer Verkauf von Kets und Käse am Mittwoch in der Talamtschule für die Lebensmittelscheine 69 001—71 200 vormittags von 8—12 Uhr und 71 201—74 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person kann ein Paket Kets zum Preise von 37 Pfg. und 55 Gramm Käse zum Preise von 20 Pfg. abgegeben werden.

Der Verkauf von Marmelade beginnt am Mittwoch. Für jede Person wird ein halbes Pfund abgegeben zu 1 Mk. für das Pfund gegen Abtrennung der Marke 265 des Warenbezugsscheines 19.

Sauerkraut und Kohlrüben sind in genügenden Mengen vorhanden und ohne Lebensmittelkarten zu kaufen.

Der städtische Verkauf von ungarischem Bienenhonig, das Pfund zum Preise von 15 Mk., wird in der Talamtschule ohne Lebensmittelkarten fortgesetzt.

Stadttheater. Heute, Dienstag, gelangt das Lustspiel „Nur ein Traum" zur Aufführung. Mittwoch wird „Die weiße Dame" wiederholt. Die Uraufführung von „Dies irae", Tragödie von Wildhans, findet erst Sonnabend, den 8. Februar, statt. Donnerstag, den 6. Februar, wird „Maria Stuart" gegeben. Freitag, infolge Erkrankung von Frieda Schmidt, an Stelle der angesetzten Wiederholung von Pfitzners „Der arme Heinrich", d'Alberts Oper „Tiefland". Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Komtesse Guckerl", abends „Lohengirn". Die Abend-Vorstellungen des Stadttheaters beginnen ab Mittwoch, den 5. Februar, nicht mehr um 6½ Uhr sondern pünktlich um 7 Uhr, worauf besonders hingewiesen wird.

Die Elektrizitäts-Großversorgung der Provinz Sachsen.

Der Provinzial-Landtag der Provinz Sachsen hatte im Mai 1917 in der Erkenntnis der außerordentlichen volkswirtschaftlichen Bedeutung einer geregelten Elektrizitätswirtschaft beschlossen, gemeinsam mit der Deutschen Continentalen Gasgesellschaft in Dessau, ein wirtschaftlich abgerundetes Versorgungsgebiet unter Einschluß des Herzogtums Anhalt zu schaffen, das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt Aktien-Gesellschaft Halle (Elag) ins Leben zu rufen. Der Braunkohlenreichtum der Provinz hat während des Krieges gewaltige Großkraftwerke entstehen lassen, die der Elektrizitäts-Großwirtschaft der Provinz ebenfalls dienstbar gemacht werden können. Die Elag wird die in diesen Kraftwerken zur Verfügung stehende elektrische Leistung in einem leistungsfähigen Fernversorgungsnetz über die ganze Provinz Sachsen und das Großherzogtum Anhalt, sowie die angrenzenden Gebiete verteilen, um die bestehenden Ueberlandzentralen, städtischen Elektrizitätswerke und großindustriellen Unternehmungen daraus zu versorgen.

Diese werdende Elektrizitäts-Großversorgung der Provinz ist berufen, eine eminent wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe in der Zukunft zu erfüllen. Sie wird vor allen Dingen eine sparsamere Haushaltung unserer Kohlenvorräte bringen und entlastend auf die Transportschwierigkeiten einwirken, so daß die uns noch zur Verfügung stehenden Transportmittel anderen volkswirtschaftlichen Aufgaben dienen können.

Die ganz im Sinne der von der Reichsregierung geplanten Beeinflussung der Elektrizitätswirtschaft gelegenen Maßnahmen sind durch den unglücklichen Ausgang des Krieges in ihrer Durchführung aufgehalten worden und werden es jetzt um so mehr, als die zu errichtenden Leitungen und Transformatorenstationen gegenüber der Friedenszeit eine Verteuerung von mehreren 100 Prozent erfahren haben. — Der Elag wäre es unter den heutigen Verhältnisse dadurch auf lange Zeit unmöglich, die ihr gestellten Aufgaben durchzuführen, denn die Ueberteuerung aller zur Errichtung dieser Anlagen notwendigen Materialien würde die zukünftige Wirtschaftlichkeit der Großversorgung für alle Zeiten in Frage stellen.

Durch die von dem Demobilmachungsamt ergangene Verordnung über Notstandsmaßnahmen ist es nunmehr ermöglicht, einen erheblichen Teil der Verteuerung auf stärkere Schultern abzuwälzen, so daß die Möglichkeit besteht, daß die Elag ihre Pläne als Notstandsarbeiten zur Durchführung bringen kann. Sie hat sich daher entschlossen einen großen Teil der geplanten Leitungen sofort in Angriff zu nehmen und in kürzester Frist durchzuführen. Es handelt sich um den Bau mehrerer 100 Kilometer auf eisernen Gittermasten verlegter elektrischer Hochspannungsleitungen und um die Errichtung einer großen Anzahl umfangreicher Transformatoren-Stationen für eine Gesamtleistung von unnähert rund 100 000 Kw.

Durchgeführt werden soll in erster Linie eine Leitung von Bitterfeld nach Magdeburg mit Anschluß an die Reichsleitung nach Berlin. Ferner eine Verbindungsleitung zwischen den Kraftwerken Gröbers bei Halle und Nachterstedt bei Halberstadt zur Versorgung des westlichen und südlichen Teiles der Provinz. Beide Leitungen werden alsdann zu einem Ring zusammengeschlossen werden, auf dem die Großkraftwerke gemeinsam arbeiten. Ferner beabsichtigt die Elag die Versorgung auch des nördlichen Teiles der Provinz, um den noch unversorgten landwirtschaftlichen Gebieten ebenfalls die Vorteile der Elektrizität zuzuführen. Diese Bauten einschließlich der erwähnten Transformatorenstationen können mehreren tausend Arbeitern lohnenden Erwerb und der Industrie nach vielen Millionen zählende Aufträge bringen.

Die Elag dürfte wohl das erste Unternehmen sein, das mit der Verwirklichung derartig großzügiger Leitungspläne trotz des noch nicht beendeten Krieges und trotz der unsicheren Verhältnisse an die Oeffentlichkeit tritt. Es wäre lebhaft zu wünschen, daß dieses großzügige Projekt auch durchgeführt werden kann, um dadurch der Arbeitslosigkeit zu steuern und die Ueberleitung aus der Zwangswirtschaft zurück in eine geregelte Friedenswirtschaft zu erleichtern.

Das Reich selbst wird für seine Arbeiten über die geplante Reichs-Elektrizitäts-Wirtschaft durch die in der Provinz Sachsen geschaffenen Vorarbeiten nützliche Anregung finden können.

Ammendorf. Versammlung. Donnerstag, den 6. Febr., abends 7 Uhr, findet hier im Gasthof zum goldenen Adler eine Mitgliederversammlung des Distrikts Ammendorf der alten sozialdemokratischen Partei statt, die sich mit der Gemeindevertreterwahl beschäftigen wird. Freunde und Anhänger der alten Partei sind zu dieser Versammlung ebenfalls eingeladen.

Weißenfels. Lebensmittelvorräte. In einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats wurde mitgeteilt: Da die frühere Reichsregierung die Verpflegung der Armee ohne Rücksicht auf die Bevölkerung auf etwa vier Jahre sichergestellt habe, befanden sich bei den Proviantämtern erhebliche Mengen Lebens- und Genußmittel, so in Torgau u. a. 300 Zentner angebrannter Kaffee, in Erfurt 4800 Paletten in Weißenfels sollen Teigwaren aufgestapelt sein. Die Bestände sollen festgestellt und dann unter die Bevölkerung verteilt werden. Dann machte der Versammlungsleiter Mitteilung von Lebensmittelschiebungen im großen, so solle allein ein früherer Landtagsabgeordneter 4000 Waggons Lebensmittel auf dem Eisenbahnwege verschoben haben.

Naumburg. Erhöhung des Gaspreises. Vom 1. Februar 1919 ab erhöht sich der Kriegssteuerungszuschlag für Gas von 50 auf 75 vom Hundert. — Eierverkauf von Aebrschußeiern direkt an Verbraucher ist vom 1. Februar ab verboten.

Düben. Vom 1. Februar d. Js. ab wurde auf den Bahnhöfen Pretzsch, Bad Schmiedeberg und Düben die Bahnsteigsperre eingeführt.

Elsterwerda. Nachträgliches zur Wahlbewegung. Der städtische Teil unseres Wahlkreises Merseburg, der Kreis Liebenwerda, brachte unserer Partei bei den beiden Nationalversammlungswahlen ganz besonders gute Ergebnisse. Die Alte Sozialdem. Partei ist die stärkste im Kreise und musterte am 19. Januar 11 500 Wähler, gegenüber 8400 Unabhängigen, 6400 Demokraten und 6100 anderen bürgerlichen Wählern. An diesem guten Resultat ist neben der Falkenberger und Liebenwerder Gegend sowie dem „Ländchen" auch unser Elsterwerda mit Umgebung stark beteiligt. So brachte uns der 19. Januar in Elsterwerda selber 694 Stimmen, zeigte uns also als die stärkste Partei am Orte, denn auf die Unabhängigen entfielen nur 629, auf die Demokraten 489 und die übrigen bürgerlichen Parteien zusammen 424 Stimmen. Dieser Erfolg ist um so erfreulicher, wenn man bedenkt, daß wir hier erst während der Wahlbewegung organisatorisch Fuß fassen konnten, Ende Dezember mit einem ersten Einzelmitgliede und Anfang Januar nach einem recht erfolgreichen Vortrage des Genossen Viktor Halle schließlich mit der Gründung eines Ortsvereins. Wesentlichen Anteil an dem guten Wahlerfolge hatte auch ein Vortrag der Kandidatin Genossin Schweter Rühland, der hier wie besonders im „Ländchen" außerordentlich ansprach. —

Gröden (Kreis Liebenwerda). Das Wahlergebnis in unseren bisher als sicher konservativ bekannten Schrabendörfern verdient besonderer Erwähnung. In den größeren von ihnen, in Hirschfeld, Gröden und Grosthiemig, sprach hier in der Woche vor dem 19. Januar Genosse Gründlich-Biehla. Die Versammlungen waren überall gut besucht, waren sie doch als sozialdemokratische Versammlungen an sich schon ein Ereignis für unsere Orte. Denn noch 1912 konnten sozialdemokratische Versammlungen nicht wie diesmal frei und unbehindert in Sälen, sondern höchstens da oder dort in der Scheune oder Wohnung eines Parteigenossen stattfinden. Der 19. Januar brachte uns folgendes Abstimmungsergebnis: Gröden: Alte Soz. V. 264, Unabh. 22, Bürgerliche 270; Merzdorf-Seefermühl: Alte Soz. V. 201, Unabh. 67, Bürgerliche 142; Grosthiemig: Alte Soz. V. 162, Unabh. 56, Bürgerl. 419; Hirschfeld: Alte Soz. V. 101, Unabh. 5, Bürgerliche 382. Das bedeutet gegen 1912 für beide sozialdemokratische Parteien zusammen in Merzdorf das 12fache, in Gröden und Hirschfeld das 6fache und in Grosthiemig das 4fache Ergebnis. Und dabei sind gerade diese vom Verkehr abgelegenen Schrabendörfer vor der Wahl in Versammlungen Ort für Ort von den Pfarrern bearbeitet worden, aus deren Ausführungen die Bauern sich in der Regel natürlich die falsche Ansicht entnommen hatten, wir wären religionsfeindlich und gegen jeden Religionsunterricht überhaupt. Mit den Pfarrern gab es denn auch in unseren Versammlungen allgemeine Diskussionen besonders über die Schul- und Kirchenfragen. Daß dabei auch sachlich scharfe Bekämpfung das persönliche Gebiet durchaus nicht zu berühren braucht, zeigte das Verhalten des Pfarrers Sauerlandt in Hirschfeld, der nach der Auseinandersetzung in der Versammlung zum Erstaunen und zur Erheiterung aller Anwesenden unseren ihm übrigens bis dahin unbekannten Genossen Gründlich einlud, bei ihm zu übernachten, was dieser denn auch mit Dank annahm. — Die Preußenwahl am 26. Januar brachte mit der allgemein gewonnenen Wahlbeteiligung natürlich auch uns in den Schrabendörfern entsprechenden Stimmenzuwachs. Außerdem hatte die Reaktion hier in der Woche vor der Preußenwahl auch noch fleißig gearbeitet. So sprach in Merzdorf der Baron von Rochow aus Strauch, dem benachbarten sächsischen Rittergute. Er entrüstete sich über den „schlechten" Wahlausfall gerade in Merzdorf und hatte bei den zum guten Teil von ihm abhängigen kleinen Landwirten, die in ziemlicher Anzahl Pachtland des Herrn v. Rochow bewirtschaften, leider auch einen gewissen Erfolg. Herr Baron v. Rochow tat ja auch noch ein übriges, er verteilte am Preußenwahltage höchstpersönlich die deutschnationalen Stimmzettel vor dem Wahllokale in Merzdorf und brachte so die konservativen Stimmen von 33 am 19. Januar auf 111 am 26. Januar. Die Kosten für diesen konservativen Gewinn mußte zum Teil leider auch unsere Partei mittragen. Die Arbeiter von Merzdorf und Seifertsmühl werden es ja wohl jetzt alle eingesehen haben, daß es allein die Sozialdemokratie ist, die nicht bloß mit dem Munde, sondern auch in der Tat ihre Interessen vertritt. Es bleibt aber bedauerlich, daß es immer noch Kleinbauern gibt, die es nicht einsehen können, daß in Wahrheit allein die Sozialdemokratie ihre Interessen vertritt, vor allem gegen den Großgrundbesitz, und die sich immer noch von Großgrundbesitzern verleiten lassen, konservativ oder, wie es jetzt heißt, deutschnational zu wählen. Da kann eben nur Aufklärung dieser Kleinbauern abhelfen, und unsere Genossen in den Schrabendörfern werden hoffentlich recht bald mit der Gründung von sozialdemokratischen Ortsvereinen an diese weitere Aufklärung herangehen. Wie gerade solche Ortsvereine mit ihrer Aufklärungsarbeit erst imstande sind, Wahlerfolge dauernd festzuhalten und auszubauen, das sehen unsere Genossen in den Schrabendörfern ja bei sich selbst an dem Ausfall der Preußenwahl in Grosthiemig. Dort hatten wir bei der Wahl am 19. Januar dreimal soviel Stimmen als die Unabhängigen. Aber die Unabhängigen sind uns darin voraus, daß sie in Grosthiemig bereits einen Ortsverein haben. So ist es ihnen denn gegenüber dem konservativen Ansturm der Besitzenden usw. am 26. Januar gelungen, ihre Stimmenzahl vom 19. Januar nicht nur zu halten, sondern sogar noch um 10 zu erhöhen, während wir bald die Hälfte unserer Stimmen vom 19. Januar einbüßten. Also auf, Genossen in den Schrabendörfern, macht unsere guten Wahlerfolge zu dauerndem Gewinn und gründet zu diesem Zwecke sozialdemokratische Ortsvereine!

Beritzenkirch. Als im Dezember 1918 Genosse Drescher (Halle) zum ersten Male hier eine sozialdemokratische Versammlung abhielt, da waren wir bewußt, daß die Bewohner nach Freiheit und Gleichheit sich sehnten. Dies bewiesen auch die anderen beiden Versammlungen, die der Genosse Agatz aus Stolberg vor der Nationalversammlung hier abhielt. Alle waren gut besucht. In jeder Versammlung wurde von den Rednern betont, daß unser Kampf einzig und allein dem kapitalistischen Ausbeutungssystem gelte, und zu diesem Kampf müßten alle Arbeiter geschlossen zusammenstehen. Keine Spaltung der Kräfte, sondern nur ein festes Zusammenhalten kann helfen. Bei der Nationalwahl sowie bei der Preußenwahl sah man leider, daß auch in Beritzenkirch sich die Kräfte unnötig zersplittern. Personenfragen müssen aus der Politik der Partei ausgeschaltet werden. Der Unabhängige Kühn hat hier in den Wahlkampf scharf das persönliche Moment hineingetragen und dadurch der Sache der Arbeiterklasse geschadet. Wir dürfen keine Zersplitterungspolitik treiben, wir müssen bei den nächsten Gemeindewahlen zusammenhalten und geschlossen den Kampf aufnehmen gegen den uns ausbeutenden Kapitalismus. Damit erreichen wir was, aber nicht durch den Bruderkampf. Darum wählt nur sozialdemokratische Gemeindevertreter.

Soziales.

Bezirkswohnungskommissare.

Zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot hat die Reichs-Regierung am 15. Januar auf Anregung des neuen Reichs- und Staatskommissars für das Wohnungswesen eine Verordnung erlassen, daß zur schnellen Durchführung der Unterbringung obdachloser Familien für die Uebergangszeit Bezirkswohnungskommissare mit sehr weitgehender Vollmacht gestellt werden können. Für Preußen sind sofort von dem Staatskommissar für das Wohnungswesen die Regierungspräsidenten als Kommissare bestellt worden. Diese Wohnungskommissare sind in der Tat befugt, alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, und sogar gesetzliche Vorschriften außer Kraft zu setzen, wenn es gilt, schnellstens Wohnungen zu errichten. Der Bezirkskommissar kann sich das nötige Bauland erforderlichenfalls durch Enteignung beschaffen. Auf den Krieg zurückgehende Wertsteigerungen braucht er bei der Bemessung der Entschädigung nicht zu berücksichtigen. Daneben kommt die Bestellung von Erbbaurechten und für die Errichtung von Behelfsbauten, Baracken, Lauben und dergleichen die Zwangspacht bis zur Dauer von 30 Jahren in Betracht. Diese Zwangspacht ermöglicht auch den Schutz der Laubenkolonisten gegen willkürliche Preissteigerungen. Am wichtigsten ist aber, die Befugnis des Wohnungskommissars alles selbständig zu bestimmen, wenn Gemeinden oder Kreisbehörden sich nicht binnen kürzester Frist mit ihm beauftragen einigen. Alle Streitfragen wegen Straßenbau und Teilnahme an Gemeinde-, Kirchen- und Schullasten, die sonst das Bauvorhaben auf Jahre verzögerten, werden jetzt binnen wenigen Tagen durch den Bezirkskommissar geregelt werden. Endlich erhält der Kommissar das Recht, Ziegeleien zwangsweise wieder in Betrieb zu setzen und natürliche Baustoffe Holz, Lehm, Kies, Sand usw. zu enteignen, Luxusbauten zu verbieten, und überhaupt mit allen Mitteln die Beschaffung von Klein- u. Mittelwohnungen zu fördern.

Die Befugnisse der Kommissare sind also praktisch unbegrenzt. Es hängt von den Personen ab, wie sie durchgeführt werden. Mögen sie von ihren großen Machtmitteln einen verständigen, aber nachdrücklichen Gebrauch machen.

Vermischtes.

Die Sektgelder des Herrn v. Einem.

Von einem sächsischen Kriegsteilnehmer wird geschrieben:

Der ehemalige Kriegsminister von Einem gehörte zu den ausgesprochenen Günstlingen Wilhelms II. Er wurde deshalb zu Beginn des Krieges nach Alsezung des sächsischen Generals von Hausen Oberbefehlshaber der 3. Armee in der Champagne. Von der nahezu schrankenlosen Machtfülle, die ihn hier umkleidete, machte er in sachlicher Weise Gebrauch, daß bald das Wort in Umlauf kam: „Einer für alle, alles für Einem." Das prächtige Schloß Maison rouge, das in einem weiten Parke fernab vom geräuschvollen Verkehr lag und als Bombenziel die Flieger nicht reiste, sagte ihm nicht zu. Er ließ sich in einer Baumgruppe versteckt etwa einen halben Kilometer davon für teures Geld eine Villa bauen. Sein Wesen war greifenhaft. Die Achtung, die er bei seinen Untergebenen genoß, war erstaunlich gering. Aber er stieß Armee-Oberbefehlshaber, auch nachdem Ludendorff sein Amt in der obersten Heeresleitung angetreten hatte und mit eisernem Besen viele hohle Unfähigkeiten hinwegfegte. Geld gab's bei Einems Stab in Fülle. Man zahlte allerhand Zuschüsse. Wo die Gelder kriegs. fragte man nach ihrem Etatkapitel oder Ursprung. Das Tollste, was dieser Weltkrieg gezeitigt hat, waren aber doch wohl die Sektgelder, die Einem und seine Tischgesellschaft aus Marketenderüberschüssen erhielt. Der ehemalige Kriegsminister mußte wissen, daß Marketenderüberschüsse nur an Mannschaften verteilt werden dürfen und daß die einschlagenden Kriegsministerialverfügungen unter keinem Vorwand Ausschüttungen an Offiziere gestatten. Wenn die Tischgesellschaft des Oberbefehlshabers von Einem sehr viel Sekt und Wein mit der Marketanderei umsetzte, so durfte sie trotzdem keinen Anteil an ihren Ueberschüssen beanspruchen. Es ist erstaunlich, wie der Chef des Generalstabs der 9. Armee die Zahlung der Sektgelder geschehen lassen konnte. Man muß fordern, daß das Kriegsministerium den Dingen nachgeht, die Rückzahlung der „Sektgelder" herbeiführt und die Schuldigen mit Einschluß des Oberbefehlshabers und Stabschefs zur Verantwortung zieht. Die Unterorgane wie Intendanturstellvertreter, Zahlmeister usw. behandle man glimpflich. Denn sie waren abhängig und erlagen dem Druck von oben. Die Sektgelder haben viel böses Blut gemacht. Solange Wilhelm II noch der „allerhöchste Kriegsherr" war, war kein Günstling von Einem immun und konnte tun und lassen, was er wollte. Diese Zeiten sind aber doch glücklicherweise vorbei.

Literatur.

„Die soziale Bilanz des Krieges" von Parvus. Preis 50 Pfg. 1918 Berlin SW 68, Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. 1917 zuerst erschienen, in fünf Auflagen verbreitet und in mehrere Sprachen übersetzt, sodann bis kurz vor Ausbruch der Revolution verboten, kommt jetzt diese Schrift wieder heraus. In einem neuen Nachwort rechnet der Verfasser mit dem Oberkommandierenden in den Marken, als dem Vertreter des fluchbeladenen Militarismus ab und deckt das System der Lüge und Bedrückung auf. Im übrigen ist die Schrift unverändert: sie ist ein historisches Dokument. Sie hat den Mut und die Einsicht gehabt, gegen den damals noch siegreichen Imperialismus den katastrophalen und ruinösen Charakter des Krieges für alle Beteiligten nachzuweisen und für den Verständigungsfrieden einzutreten. Der Anklage gesellt sich der bündige, auf die umfassendste Kenntnis der Tatsachen gestützte Beweis. Parvus handhabt hier in populärster Form dieselbe ökonomische Methode, als deren Meister er sich in seinen großen Werken erwiesen hat. Aus den Dingen heraus entwickelt er den Sozialismus als die einzige Rettung. In einem freien Deutschland kann die Broschüre erst ihre volle aufklärende, jeden Imperialismus und Militarismus vernichtende kritisierende Bedeutung entfalten. Sie lehrt die Aufgaben der aktuellen Politik mit dem Rüstzeug der Oekonomie und dem Weltblick des Sozialisten zu betrachten. Z. B. die Fragen der Schuld am Kriege, der Kriegskontribution, des Wiederaufbaues werden hier in diesem Sinne behandelt. Für die Probleme, die dem Krieg zu Grunde lagen und grokentellis weiterbestehen, wird die Lösung in internationaler Zusammenarbeit aufgezeigt. Für die Friedensverhandlungen und über diese hinaus werden hier die Wege gewiesen, die Europa und die ganze Menschheit einschlagen muß, um die Bilanz des Unheils und des Wahnsinns abzuschließen und ein neues Reich friedlicher Arbeit zu eröffnen.

Briefkasten der Redaktion.

Sch. J. Es besteht jetzt tatsächlich nicht die Möglichkeit, irgendwelche Post nach Elsaß-Lothringen geben zu lassen. Der Postverkehr nach dort ist gesperrt und wird womöglich erst wieder freigegeben werden, wenn allgemein die internationalen Beziehungen wieder in Fluß kommen. Es ist freilich bedauerlich, so von der eigenen Familie abgeschnitten zu sein, es läßt sich aber nichts dagegen tun. Die Hand des Siegers lastet eben schwer auf uns — im großen wie im kleinen.

Gedenket in Freud' und Leid der Hallenschen Kriegshinterbliebenen-Fürsorge!

Spenden an Stadthauptkasse, städtische Sparkasse, hiesige Banken, die Expedition unseres Blattes oder Postscheckkonto Nr. 13000.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190204-15/fragment/page=0006